

die Herausforderungen gemeistert und seinen Gegenstand in eine für den interessierten Laien ebenso wie für den Fachwissenschaftler lesenswerte Gesamtdarstellung gefasst hat. Gerahmt durch Prolog und Epilog, entwickelt sich diese Darstellung in 13 Kapiteln, die den Protagonisten durch die Höhen und Tiefen seines Lebens begleiten und sich dabei an für dessen Werden und Wirken zentralen Orten orientieren. Von Gent, Valladolid und Frankfurt führt in diesem Sinne der Weg bis nach Villach, Brüssel und St. Yuste, wobei Um- und Irrwege durchaus einbezogen und überdies auch Trassen verfolgt werden, die sich am Ende als nicht gangbar erwiesen.

Dadurch gewinnt das Buch an Tiefe und Tragik, ist in diesem Sinne originell, in einigen Punkten regelrecht herausfordernd und doch über den Tag hinaus gültig. Dies betrifft etwa die in der persönlichen Begegnung auf dem Reichstag zu Worms gipfelnde Konfrontation zwischen Karl und Martin Luther, die aus sehr unterschiedlichen Positionen heraus angetreten waren, den von beiden als reformbedürftig empfundenen Zustand der Kirche zu überformen. Nach Schillings Darstellung hat nicht viel daran gefehlt, sogar einen gemeinsamen Weg zu diesem Ziel zu beschreiten. Gleichwohl war, als Luther sich durch seine unversöhnliche Haltung gegenüber Rom in eine Position gebracht hatte, aus der heraus eine konsensuale, innerkirchliche Lösung unmöglich erschien, für Karl die Möglichkeit eines Miteinanders dahin. Reformkatholizismus hin oder her, die in gewisser Weise geteilte Kritik an der Wirklichkeit der Papstkirche hatte in dieser Situation hinter der Raison der kaiserlichen Universalgewalt zurückzustehen. Die mit Blick auf das Ganze doch eher lockere Fokussierung auf den großen Habsburger und seinen Wittenberger Gegenspieler wird verschiedentlich wieder aufgenommen – etwa während der Eroberung Wittenbergs im Schmalkaldischen Krieg oder ganz am Ende in der Abgeschiedenheit von St. Yuste in der

Auseinandersetzung mit Karls Nachsinnen über das eigene Leben und Wirken.

In der Summe gewinnt man den Eindruck, dass hier eine bedeutende historische Persönlichkeit einen begnadeten Biografen gefunden hat. In diesem Sinne zeichnet der Verfasser nicht nur für knapp 400 Seiten lesenswerter Prosa verantwortlich, sondern er wirft seinen ganz persönlichen Karl in den weiten Ring der Frühneuezeitforschung. Dies geschieht indes nicht in herausfordernder Geste, sondern kommt phasenweise sogar empathisch daher und ist eine Einladung zum Mit-, Weiter- und kritischen Andersdenken. Gerade in der Fülle der Einzelheiten, in der Vielschichtigkeit der Darstellung und in der Reife der Einordnung ist Schillings Biografie Karls V. ein großer Wurf.

Detlev Kraack

Neuzeit – Neueste Zeit

Charles King: Schule der Rebellen. Wie ein Kreis verwegener Anthropologen Race, Sex und Gender erfand. Aus dem Englischen von Nikolaus de Palézieux. Carl Hanser Verlag, München 2020, 479 S.

Seit Foucault ist es nicht mehr ungewöhnlich, die Außenseiter einer Gesellschaft historiografisch zu untersuchen, aber immer noch geschieht dies selten genug. Die „misfits and dissenters“ innerhalb der *scientific community* und ihre Netzwerke werden insbesondere dann beleuchtet, wenn sie in höchstem Maße erfolgreich waren und letztendlich über den Mainstream triumphierten. Dies gelang dem deutsch-amerikanischen Gelehrten Franz Boas (1858–1942) und seiner Anhängerschaft, die von den Kollegen an der Columbia University mit der oben erwähnten, nicht freundlich gemeinten Bezeichnung versehen worden war. Der an der Georgetown University lehrende Historiker und Politikwissenschaftler *Charles King* stellt diese kleine Gruppe von

Forschern um „Onkel Franz“ Boas in den Mittelpunkt seines Buches, das 2019 erstmals in englischer Sprache erschien und nun auf Deutsch vorliegt. In 14 Kapiteln, denen ein großzügiger bibliografischer Apparat und ein Register beigegeben sind, schildert King, wie aus einem aufgeweckten Gymnasiasten aus dem westfälischen Minden innerhalb weniger Jahre der Begründer eines neuen Fachgebietes – der Kulturanthropologie – wurde, der dabei gleichsam nebenbei sämtliche Diskursgrenzen der ethnologischen Forschung überschritt.

Im sozialdarwinistischen Taumel des 19. Jahrhunderts hatten deutsche und amerikanische Ethnologen bestimmte Merkmale festgelegt, die einen vollwertigen Menschen auszeichnen sollten und die eigentlich nur „Weiße“ erfüllen konnten (S. 60). Federführend waren hierfür in den USA John Wesley Powell (1834–1902) und Lewis Henry Morgan (1818–1881), dessen Werke auch von Marx und Engels auseinandergenommen wurden, um den „Ursprung der Familie“ zu klären (S. 57). Franz Boas erforschte – mangels entsprechender Ressourcen rund um Minden – die „Wilden“ nach Abschluss seines Physikstudiums bereits 1883 auf der arktischen Baffin-Insel, wo er einerseits die negativen Einflüsse westlicher Zivilisation in Form neuer Krankheiten (Diphtherie) feststellte und andererseits die durchstrukturierte und effiziente Kultur der indigenen Völker erkannte, die sich erheblich von den Einschätzungen der etablierten Wissenschaft unterschied (S. 42 f.).

Nach einem Jahrzehnt in der akademischen Diaspora gelang es Boas 1893, die anthropologische Sektion auf der Weltausstellung in Chicago zu kapern und dem interessierten Publikum im Rahmen einer „Völkerschau“ mit unfreiwilligen Teilnehmern indigener Völker die moderne Anthropologie nahezubringen. Deren Ergebnisse ließen die vorgeblich wissenschaftlich ermittelten „Rassenunterschiede“ statistisch irrelevant erscheinen (S. 88). Dadurch machte Boas

Geldgeber auf sich aufmerksam und gelangte nach einigen Zwischenstationen 1897 auf einen Lehrstuhl an der Columbia University in New York. Mit kleinen Maßnahmen gelang es ihm, die Richtung der Forschung zu verändern, beispielsweise, indem er bei ethnologischen Begriffen („Rasse“, „Kultur“) anstatt des Singulars den Plural wählte (S. 99).

Boas vertiefte seine empirischen Studien in Nordamerika und kam zu dem Schluss, dass es keine homogene, an „weißen“ Standards zu messende „Kultur“ gab, sondern zahlreiche unterschiedliche Kulturen, über deren Wertigkeit sich keine einheitlichen Aussagen treffen ließen („Kulturrelativismus“). Das war das Gegenteil von dem, was an der Columbia sowie vielen anderen Universitäten gelehrt wurde. Hier war zeitgleich zu Boas' umrisseener „Kulturanthropologie“ ein anderes neues Fach institutionalisiert worden: Eugenik (S. 115). Während deren Verfechter von statischen Rassekonzepten ausgingen und durch Einwanderung sowie die hohe Reproduktionsrate von Afroamerikanern einen Niedergang der „weißen Rasse“ und der Menschheit insgesamt prognostizierten, kam Boas mit seinen Mitarbeitern zu ganz anderen Schlüssen. Er setzte auf breite empirische Studien, kombinierte Statistik mit Anthropologie und postulierte 1911, Rassen seien instabile Konstrukte (S. 123). Es gelang ihm, Forschungsgelder einzuwerben und die indigenen Kulturen Nordamerikas empirisch und linguistisch erforschen zu lassen. Sein Höhenflug endete jedoch abrupt im Ersten Weltkrieg, weil er sich der deutschfeindlichen Stimmung in den USA verweigerte. Infolge einer Operation verlor er die motorische Kontrolle über seine linke Gesichtshälfte. Und in der Wissenschaft triumphierten die sich als patriotische Amerikaner positionierenden Eugeniker. Sie konnten Einfluss auf die Politik geltend machen und rassistisch motivierte Immigrationsgesetze durchsetzen (S. 139 f.).

Doch Boas gab nicht auf. Er bildete eine Vielzahl neuer Schüler heran, darunter Ruth

Benedict (1887–1948), Alexander Goldenweiser (1880–1940) und Margaret Mead (1901–1978). Gemeinsam hinterfragten sie die Ansichten der sozialdarwinistisch geprägten Anthropologie und setzten auf die immersive Forschung an fernen Orten: Mead wurde 1925 nach Samoa entsandt, wo sie in einem abgelegenen Dorf die Phase des Erwachsenwerdens von Mädchen untersuchte, das dort trotz eines gesellschaftlichen Regelkorsetts konfliktfrei verlief als im vorgeblich überlegenen Westen. Der polnisch-britische Anthropologe Bronislaw Malinowski (1884–1942) hatte ähnliche Überlegungen angestellt, jedoch Männer untersucht. Meads Studien aber waren vertiefender, mit ihrem Fokus auf Frauen konnte sie zudem herkömmliche Einschätzungen über deren „angestammte“ gesellschaftliche Rollen hinterfragen. Dadurch geriet die eugenisch orientierte Konkurrenz in den USA in erhebliche Erklärungsnot: Meads Studien entsprachen den damaligen Forschungsstandards. Wenn aber Frauen keine biologisch vorgegebenen Rollen hatten und die Gesellschaft gleichwohl funktionierte, sich auch weiterentwickelte, so ließen sich sexistische Politikentwürfe evolutionsbiologisch nicht länger rechtfertigen (S. 197 f.). An der Columbia University verstörte Boas die Kollegenschaft zusätzlich, indem er mit Ruth Benedict eine emanzipierte lesbische Frau als seine Stellvertreterin installierte. Beide ermöglichten der Afroamerikanerin Zora Neale Hurston (1891–1960) Forschungsprojekte rund um die „Harlem Renaissance“ und über afroamerikanische Subkulturen in den USA, deren Ergebnisse zahlreiche Vorurteile konterkarierten (S. 234). Ella Carla Deloria (1889–1971), die selbst indigene Vorfahren hatte, zerstörte mit ihren Studien die überkommene Vorstellung, es hätte nur einen Typus „Indianer“ in Nordamerika gegeben (S. 283).

Spätestens 1935 hatte der kleine Kreis um Franz Boas sämtliche rassistischen und sexistischen „wissenschaftlichen Tatsachen“ der Kollegenschaft widerlegt. An die Stelle starrer

unveränderlicher „Rassen“ oder „Kulturen“ trat der „Kulturrelativismus“ mit seinen fließenden Entwicklungsmöglichkeiten. Demokratie garantierte die Zukunft, nicht Diktatur (S. 369). Geschlechterrollen ließen sich biologisch nicht rechtfertigen. Die Rache des Establishments folgte umgehend: Als Boas 1936 emeritiert wurde, wählte die Columbia University mit Ralph Linton (1893–1953) einen seiner dezidierten Gegner zu seinem Nachfolger. Dennoch setzte Boas seinen Kampf bis zu seinem Tod 1942 fort. Seine Schüler ließen sich auch dann nicht vereinnahmen, als 1942 infolge des Eintritts der USA in den Zweiten Weltkrieg zahlreiche Amerikaner japanischer Herkunft interniert und Forscher für kulturanthropologische Studien gesucht wurden (S. 386 f.). Gleichwohl war es noch ein langer Weg, bis die Erkenntnisse von Boas und seinen Jüngern auch noch den letzten Bürokraten oder rassistischen Gouverneuren in den amerikanischen Südstaaten widerlegt hatten.

Im Ganzen stellt sich der Lebens- und Forscherweg von Franz Boas als Erfolg dar. Beseelt von der Überzeugung, dass Boas und seine Mitarbeiter die amerikanische Wissenschaft vom Menschen aus dem tiefen Tal des Rassismus befreit hätten, klammert King aber einige Problematiken aus. Obwohl Boas schon seit seiner Exkursion nach Baffin Island 1883 wusste, welche katastrophalen Auswirkungen die Konfrontation von indigenen Völkern mit der modernen westlichen Welt hatte, ließ er sich von dem Polarforscher Robert Peary (1856–1920) 1897 sechs Inuit aus Grönland anliefern, die Peary dort entführt hatte. Die meisten starben innerhalb kürzester Zeit an Tuberkulose, ihre Skelette wanderten in die Schausammlung. King erwähnt die Problematik zwar kurz (S. 261 f.), ordnet sie aber nicht in den Gesamtkontext von Boas' Lebenswerk ein. Er verschweigt darüber hinaus die Tatsache, dass sich die wissenschaftlichen Erben von Franz Boas von 1986 bis 1993 einen Streit mit dem kanadischen Schriftsteller und Inuit-Sprecher

Kenn Harper über die Bestattung der weiterhin ausgestellten Skelette lieferten. Die zeitgleich tobende Debatte um die Studien Meads auf Samoa – der neuseeländische Anthropologe Derek Freeman hatte eine Studie präsentiert, wonach Meads Forschungsergebnisse vor allem ihren unzulänglichen Sprachkenntnissen geschuldet seien – wird von King ebenfalls nicht erwähnt. Dass Mead in geringerem und Malinowski in größerem Maße von der Psychoanalyse beeinflusst waren und in der Südsee nach Freudschen Neurosen suchten (was dem Kulturrelativismus widersprach), merkt King an (S. 219), die Folgen der Freud-Rezeption für die kulturanthropologische Feldforschung aber erfahren keine Würdigung.¹ Darüber hinaus betont King zwar stets den weltumspannenden Anspruch von Boas, doch seine Quellenrezeption bleibt höchst einseitig: Sämtliche deutschsprachigen Korrespondenz- und Kooperationspartner sowie ideologischen Wegbereiter bleiben unerwähnt. Ernst Haeckel (1834–1919) ist King ebenso unbekannt wie der wirkmächtige Ludwig Aschoff (1866–1942), ein Bundesbruder Boas' aus seiner Studentenverbindung. Dieses und weitere transatlantische Netzwerke hätte King der Studie „Intelligenz und Rasse“ der Berliner Medizinhistorikerin Alexa Geisthövel entnehmen können, die im Literaturverzeichnis des vorliegenden Buches aber fehlt.² Kein Wunder, waren es doch gerade die dem Nationalsozialismus höchst aufgeschlossen gegenüberstehenden Gelehrten in Deutschland, die sich vor 1933 für Boas (und umgekehrt) interessierten. Erst nach Beginn des „Dritten Reiches“ brach Boas mit diesen Netzwerken. Für King aber darf es

augenscheinlich nur den strahlenden Helden Franz Boas ohne Fehl und Tadel geben. Boas selbst hätte einer solchen Einschätzung, die jedem Kulturrelativismus spottet, sicher eine Absage erteilt. Trotz aller kritischen Einwände handelt es sich bei dem vorliegenden Buch aber um eine wertvolle Forschungsarbeit, die Einblicke in das nordamerikanische wissenschaftliche Establishment gewährt – damals wie heute.

Florian G. Mildenberger

Reinhard Rürup: Revolution und Demokratiegründung. Studien zur deutschen Geschichte 1918/19. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Peter Brandt und Detlef Lehnert. Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 247 S.

Reinhard Rürup verstarb am 6. April 2018 und konnte die von ihm selbst vorbereitete Sammlung seiner Aufsätze zur Revolution 1918/19 nicht mehr publizieren. *Peter Brandt* und *Detlef Lehnert* übernahmen die Herausgeberschaft. Der Band enthält neun nahezu unveränderte Aufsätze, die Rürup zwischen 1968 und 2013 verfasst hat. Das Buch ist in vier Teile gegliedert: Auf einen Überblick über die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs folgen im zweiten Teil drei längere Beiträge, die Etappen der Erforschung der Revolution 1918/19 reflektieren. Sie wurden 1968, 1983 und 2013 in jeweils unterschiedlichem Kontext verfasst. 1968 galt es, ein Zwischenfazit für die seit den späten 1950er-Jahren in der Bundesrepublik begonnene Forschung zu ziehen („Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19“, S. 37–69). 1983 stand die Diskussion der Ergebnisse unter dem Aspekt möglicher alternativer Abläufe („Demokratische Revolution und ‚dritter Weg‘“, S. 70–96). Nach dem Ende der DDR erörterte Rürup 1993 die Auswirkungen der aktuellen politischen Lage auf die Forschung („Die Revolution von 1918/19 in der deutschen

1 Zur Kritik Malinowskis vgl. Volkmar Sigusch, *Vom Trieb und von der Liebe*, Frankfurt a. M. 1984, S. 101 f.

2 Alexa Geisthövel, *Intelligenz und Rasse. Franz Boas' psychologischer Antirassismus zwischen Amerika und Deutschland, 1920–1942*, Bielefeld 2013, S. 170.

Geschichte“, S. 97–116). Die im Herbst 2017 verfasste Einleitung des Bandes kann man als Fortsetzung dieser Betrachtungen lesen. Rürup konstatiert darin, dass ab 2008 eine „neue Dynamik“ in der Revolutionsforschung eingesetzt habe, nachdem in den 1990er-Jahren das Interesse zunächst erlahmt war.

Der dritte Abschnitt des Bandes besteht aus vier Fallstudien zu den Massenbewegungen der Arbeiterschaft zwischen 1917 und 1920 (S. 117–146), zur „Ausrufung der Republik“ durch Philipp Scheidemann (S. 147–157), zu den Handlungsspielräumen Friedrich Eberts (S. 157–179) und zu Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung (S. 180–212). Abschließend bettet der Autor „1918/19“ in eine vergleichende Revolutionsgeschichte in Deutschland zwischen 1525 und 1989 ein (S. 213–234).

Ein Leitthema in Rürups Aufsätzen ist das Dilemma der Sozialdemokratie (vor allem S. 52–55). Sie stand 1918/19 vor einer Doppelaufgabe: Einerseits hatte sie die Folgen des militärischen und politischen Zusammenbruchs zu bewältigen, andererseits sollte die Demokratie dauerhaft etabliert werden. Weil sich die Mehrheits-SPD für die Bekämpfung des Chaos und für einen möglichst friedlichen Übergang vom Kaiserreich zur Republik entschied, kam ihr nicht nur die USPD als Partner abhanden, auch die Demokratisierung von Verwaltung, Heer und Wirtschaft ließ sich nicht realisieren. Die Träger des alten Regimes konnten sich rasch regenerieren. Somit verpufften die programmatischen Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte von November 1918, in denen Rürup ein „großes Demokratisierungspotenzial“ (S. 173) sah. Ebert erkannte dieses nicht, vielmehr wollte er die Errungenschaften der Revolution sichern, die dadurch aber auf halbem Wege stecken blieb. In ihrem Nachwort entwerfen die Herausgeber Brandt und Lehnert ein durchaus differenziertes Bild der Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit (S. 244). Rürup stellt Ebert zwar ein insgesamt schlechtes Zeugnis

aus, würdigt aber gleichzeitig den 9. November 1918 als „ein zentrales Datum in der deutschen Demokratiegeschichte“ (S. 153).

Der Wert der Aufsatzsammlung zeigt sich darin, dass sie viele Hinweise auf offene Fragen enthält. Von den von Rürup bereits 1983 formulierten Aufgaben für eine künftige Forschung wurden im Jubiläumsjahr 2018/19 nur wenige abgearbeitet. Zwar stand die „Rolle der Frauen in der Revolution“ (S. 95) umfassend, allerdings nicht erschöpfend auf der Agenda. Weiterhin keine Beachtung erfuhren u. a. die Rolle des Antisemitismus in der Revolution und die rasch anwachsenden rechtsradikalen Gruppierungen, die Rolle der großen Verbände oder die Auswirkungen der Revolution auf Kunst und Literatur. Der Aufsatz zur Genese der Weimarer Verfassung weist den anfangs großen Einfluss des linksliberalen Bürgertums und damit der DDP nach. Doch wo bleiben neue Forschungen über diese Partei?

„Der Revolution die notwendige Tiefenschärfe“ (S. 94) zu vermitteln, war ein wichtiges Anliegen Rürups. Er hat es mehrfach eingelöst. Zum einen setzt der Aufsatz über die Massenbewegungen schon mit den großen Streikbewegungen 1917/18 ein, die die Revolution vorbereiteten. Zum anderen zieht Rürup immer wieder andere Revolutionen (auch in anderen europäischen Staaten) vergleichend heran. Er plädiert deshalb im Schlussbeitrag für eine Ausdehnung der Revolutionsforschung in Deutschland, die Aufstände zwischen 1525 und 1989 in den Blick nimmt. Dies mag ein Desiderat bleiben, denn wer unter den gegenwärtig aktiven Historikerinnen und Historikern wäre bereit, solche Epochensprünge zu wagen? Zumal es, wie das kritische Nachwort von Brandt und Lehnert zu den Neuerscheinungen des Jahres 2018/19 betont, noch immer an „einer wirklichen umfassenden Gesamtdarstellung der Revolution 1918/19“ fehle, für die es „noch zahlreicher quellenbasierter Lokal- und Regionalstudien“ (S. 242) bedürfe. Dass diese

Studien ohne die Impulse eines Jubiläumsjahres wirklich realisiert werden, ist zu bezweifeln. Aus Reinhard Rürups Aufsatzsammlung lassen sich jedenfalls viele Anregungen für die weitere Forschung gewinnen. Deshalb ist den Herausgebern sehr dafür zu danken, dass sie sie zum Druck brachten.

Wilfried Reininghaus

Adriane Feustel: Alice Salomon (1872–1948). Sozialreformerin und Frauenrechtlerin (= Humanistische Porträts, Bd. 4). Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg 2020, 78 S.

Anfang 2020 präsentierten die renommierten Humanismusforscher Ralf Schöppner, Hubert Cancik und Richard Faber in Berlin eine neue Buchreihe. Unter dem Titel „Humanistische Porträts“ erscheinen Einzeldarstellungen herausragender Persönlichkeiten, die sich im Sinne der seit dem 15. Jahrhundert als „humanistisch“ bezeichneten Ideale „für ihre Mitmenschen, für Menschenrechte und Menschenwürde eingesetzt haben“, so erläutern die Herausgeber ihr Anliegen (S. 1). Diese Würdigungen einzelner Personen sollen nicht in Form einer rein chronologischen Biografie erfolgen, auch heroisierende Lebensbilder sind nicht beabsichtigt. Vielmehr sollen die Darstellungen sich dem „ganzen Menschen“ und seinem Lebenswerk widmen, wobei sie diese auch kritisch hinterfragen können und gegebenenfalls auf „Irrwege und Missbrauch, Scheitern und Fehlentwicklung“ hinweisen sollen. Die schmalen Bändchen umfassen jeweils weniger als hundert Seiten, sind anschaulich illustriert und richten sich an ein breites Publikum; sie sind wissenschaftlich belegt und kommentiert und verfügen im Anhang über Literaturhinweise, Zeittafel und Abbildungsverzeichnis. 2019 erschienen bereits Skizzen über Christa Wolf und Heinrich Mann, im Frühjahr 2020 ein Porträt von Sebastian Castellio.

Der vierte Band der Reihe widmet sich Alice Salomon. Verfasst hat ihn *Adriane Feustel*, die sich seit Jahrzehnten um Archivierung, Publikation und Rezeption der Schriften Alice Salomons verdient gemacht hat und wohl über den umfassendsten Überblick sowie breite Detailkenntnisse über die Dokumente, die von Alice Salomon berichten, verfügt. Im Untertitel wird die Protagonistin als „Sozialreformerin und Frauenrechtlerin“ bezeichnet. Damit werden aus dem breiten Spektrum ihrer Aktivitäten jene zwei Aspekte in den Fokus gerückt, die sie als Aktivistin im gesellschaftlich-politischen Bereich kennzeichnen. Im Sinne der Buchreihe nennt Feustel in der Einleitung zunächst im Überblick die humanitären Ideale Alice Salomons, umreißt ihre „Lebensleistung“ (S. 7) zur Realisierung dieser Ziele und erläutert sie im Kontext der gesellschaftlichen Situation um 1900. Als eine der führenden Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung trat sie durch zahlreiche ganz unterschiedliche Aktivitäten hervor. In vielen Publikationen schuf sie zudem ein theoretisches Fundament für die moderne soziale Arbeit in Deutschland, die sie vor allem als Frauenberuf definierte. Salomon gründete Schulen und Hochschulen, in denen sie selbst unterrichtete, und wirkte auch international. Vor allem im anglo-amerikanischen Raum übernahm sie eine aktive Rolle in Organisationen, die die Standards der Ausbildung sichern sollten. Sie verband dabei Theorie und Praxis auf der Basis ihrer Vorstellungen von einer „sozial gerechten und humanen Gesellschaft“ (S. 8). Die Nationalsozialisten wiesen sie aus und versuchten, ihr Weiterwirken zu unterbinden. Salomon starb 1948 im Exil in New York.

Um die Erfahrungswelt Alice Salomons anschaulicher zu machen, beschreibt Feustel die Rolle von „Klubs“, die die Entwicklung der jungen Frau aus gutem Hause entscheidend prägten: Nach englischem Vorbild mieteten auch in Berlin Frauen aus bürgerlichen Familien Wohnungen an, um Arbeiterinnen

und auch ihren Kindern angesichts der beengten Wohnverhältnisse für den Abend eine gesellige und sichere Bleibe, Rechtsbeistand sowie Bildungsveranstaltungen zu bieten. In diesen Klubs begegnete Alice Salomon Frauen aus der Arbeiterklasse und konnte ihren Lebensalltag, ihre Sorgen und Nöte kennen- und nachvollziehen lernen. Sie engagierte sich als Organisatorin, Lehrerin und im Sinne der „sozialen Hilfsarbeit“ genannten Unterstützungstätigkeit, für die sie Mitstreiterinnen warb.

Diese Beschreibung bildet die Basis für das folgende Kapitel, in dem biografische Details geschildert werden. Alice Salomon wurde 1872 in Berlin in einer großbürgerlichen assimilierten jüdischen Familie geboren. Ihre Kindheit war nicht glücklich, da der Vater früh starb und die Mutter den Tod des Mannes und dreier ihrer sieben Kinder nicht verkraftete. Alice Salomon erhielt die für Mädchen ihrer Herkunft übliche achtjährige Ausbildung an einer privaten christlichen Mädchenschule. Eine weiterführende Bildung und Berufstätigkeit wurde ihr untersagt. Diese Jugendphase als auf eine Eheschließung wartende „Haustochter“ beschrieb Alice Salomon später in ihren Erinnerungen als „entwürdigende und krankmachende Zeit“ (S. 18).

Geprägt durch einen leidenschaftlichen Bildungshunger und Tätigkeitsdrang setzte Salomon sich über die Rollenzuweisung hinweg. 1893 wurden die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ gegründet, in denen sie Vorträge bedeutender Wissenschaftler wie Max Weber und Gustav Schmoller hörte, Kontakte zur feministischen Bewegung herstellte und ihre ersten eigenen Reden hielt. Dort erwarb sie Grundlagen ihres Wissens über die gesellschaftliche Entwicklung und ihre ökonomischen Ursachen und wurde in die zentralen Debatten der Zeit eingeführt. Auch wissenschaftliche Methoden der empirischen Sozialforschung, die in England aufblühte, wurden vermittelt. Salomon

begann selbst zu schreiben. Artikel von ihr erschienen 1901 im „Handbuch der Frauenbewegung“, das von Helene Lange und Gertrud Bäumer herausgegeben wurde. Sie definierte ihre eigene Position in der Gesellschaft neu und kämpfte zusammen mit anderen Frauen um das Recht, soziale Dienste für die untere Sozialschicht ausüben zu dürfen. Sie war davon überzeugt, es gebe eine Verpflichtung für die Frauen aus den gehobenen Klassen, sich des sozialen Elends anzunehmen, für dessen Entstehung sie sich mitverantwortlich fühlte. Dabei akzentuierte sie die besondere Aufgabe von Frauen, die anders als Männer über eine „geistige Mütterlichkeit“ verfügten, die sie in die soziale Arbeit einbringen konnten.

Gegen den radikalen sozialistischen Flügel der Frauenbewegung grenzte Alice Salomon sich wegen seiner kämpferischen Tendenzen ab und widersetzte sich auch den Versuchen August Bebels, sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Autorin hebt ebenfalls das pazifistische Engagement Salomons hervor. 1902 wurde sie auf der Basis ihrer Publikationen zum Studium an der Berliner Universität zugelassen und 1906 mit einer Arbeit zum Thema „Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit“ promoviert. In den folgenden Kapiteln umreißt Feustel die christlich geprägte ethische Gedankenwelt von Alice Salomon und beschreibt die Entwicklung ihrer Konzepte und der auf ihnen beruhenden Institutionen. Im Ausblick geht die Autorin auf die zunächst polarisierte Rezeption von Alice Salomon ein, deren Reformleistung erst spät in ausgewogener Weise gewürdigt wurde. Zahlreiche Schulen und Ausbildungsstätten für Sozialarbeit sind nach ihr benannt; seit 2006 wird auch ein Preis für Poetik verliehen, der ihren Namen trägt.

In Zeiten der Wahrnehmung von Geschlecht in seiner Diversität ist gerade für die jüngere Generation die biologistische Vorstellung von der spezifisch weiblichen Aufgabe

des Helfens im sozialen Bereich nicht ohne Weiteres nachvollziehbar. Auch Feustel bezeichnet diese Frage als „weiterhin strittig“ (S. 34). Zweifellos ist dieses Büchlein „pro domo“ geschrieben, doch öffnet es durch seine fundierte Kenntnis und ausführliche Zitate den Blick auf eine faszinierende Gestalt in ihrer Kontroversität.

Bea Lundt

Ingeborg Villinger: Gretha Jünger. Die unsichtbare Frau. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2020, 463 S.

„Frauen [sind] ein Nichts [...] im Vergleich zu dem alles überragenden und alles überschattenden männlichen Prinzip, eine Wolke, ein sich auflösendes Gebilde etwa, dem erst der gewaltige Göttervater Gestalt verleiht und was dergleichen Überheblichkeiten mehr sind“ (S. 14 und 101) – so fasst Gretha Jünger (1906–1960) in ihrem 1955 erschienenen Buch „Silhouetten. Eigenwillige Betrachtungen“ (dort S. 81) die Grundkonstellation zusammen, gegen die sie ihr Leben lang ankämpfte und die doch ihre Existenz bestimmte. Ironische Distanz zum Geschlechterkampf entwickelte sie erst in ihren letzten Lebensjahren, in denen auch die „Silhouetten“ entstanden, nachdem sie lange unter den außerehelichen Umtrieben ihres von ihr „Gebietler“ genannten Ehegatten Ernst Jünger (1895–1998) gelitten hatte.

Ingeborg Villingers Biografie reiht sich ein in eine Folge von Lebensdarstellungen der „Neuen Frau“, eines Typus, der vor allem in der Weimarer Republik verstärkt in Erscheinung trat, den aber auch bereits Frauen in vorangegangenen Jahrhunderten verkörpert hatten.¹ Die weibliche „Sehnsucht nach Freiheit

1 Vgl. exemplarisch: Barbara Beuys, Asta Nielsen. Filmgenie und Neue Frau, Berlin 2020, oder Marita Krauss, „Ich habe dem starken Geschlecht überall den Fehdehandschuh hingeworfen“. Das Leben der Lola Montez, München 2020.

und Selbstbestimmung“ zusammen mit dem Wunsch nach „freie[r] Gestaltung ihrer emotionalen, künstlerischen und literarischen Möglichkeiten in Verbindung mit Anerkennung und Respekt“ (S. 15), wie sie Gretha Jünger empfand bzw. für sich erhoffte, stehen in einer langen Tradition und bleiben ebenso aktuell wie die nach wie vor bestehenden Konstanten im Geschlechterverhältnis. Allerdings weist Villingers Darstellung einer Frau auf der Suche nach ihrer eigenen Identität, die sie in den Kontext der historisch-soziologischen Voraussetzungen und Gegebenheiten rückt, in ihrer Symbolhaftigkeit weit über das Leben von Gretha Jünger hinaus.

Letztlich blieb auch Gretha Jünger auf halbem Wege in ihrer Emanzipation stecken, was zum großen Teil den Zeitumständen geschuldet war. Obwohl ihr die Eltern die Schulbildung bis zum Abitur möglich machen wollten und sie in Hannover eine „als vorbildlich geltende Bildungsanstalt für höhere Töchter“ (S. 33) besuchte, war ihr Wunsch größer, sich ins Leben zu stürzen und nach ihrer Neigung eine „Bühnenkarriere“ (S. 62) zu beginnen. Die Zwischenkriegszeit bot dazu Gelegenheit, Babylon Berlin lockte, Claire Waldoff (1884–1957) war das große Vorbild. Doch auf Bitten der Eltern machte sie sicherheitshalber eine Lehrzeit als „Haustochter“ (S. 59 f.), und mit der Eheschließung 1925 musste sie auf die leichte Muse als Kabarett­sängerin und Schauspielerin verzichten, da Ernst Jünger auf ihre Bühnenauftritte „eifersüchtig wie Othello“ (S. 71) war. Dass dieser, der eine Vergewaltigung im Ersten Weltkrieg beschönigend als „Herrenvergnügen“ (S. 122) bezeichnete, mit seinen permanenten Affären das Leben für Gretha Jünger in eine emotionale „Eiswüste“ (S. 299) verwandelte, dass er in seinen 1949 erschienenen „Strahlungen“ seine „Pariser Liebesverhältnisse“ (S. 312) in der Öffentlichkeit ausbreitete und Gretha damit erneut verletzte, das steht auf einem anderen Blatt. Schon vorher waren die Spannungen so groß, dass sie im Sommer 1948 die Scheidung

einreichte und sich nach Hannover zurückzog. Sie wagte dennoch kurz darauf einen vorsichtigen Neuanfang mit Jünger (S. 299), auch, weil eine Ehescheidung in dieser Zeit bedeutet hätte, dass der Frau selbst bei Schuldlosigkeit Armut und Existenznot drohten. Es blieb ihr also kaum etwas anderes übrig, als die Scheidung zurückzuziehen – die Probleme lösten sich allerdings auch danach nicht. So bleibt der Eindruck einer lebensbestimmenden Ambivalenz zwischen rebellischen Ausbrüchen einerseits und dem Einfügen in ein traditionelles Rollenbild andererseits.

Eine umfangreiche Spurensuche liegt der Lebensdarstellung der Frau, die nicht als „Frau Ernst Jünger“ (S. 13) abgefertigt werden wollte, zugrunde. Der Ehebriefwechsel zwischen Gretha und Ernst Jünger der Jahre 1922 bis 1960, der gerade zur Edition vorbereitet wird, bildete eine wichtige Basis für die Biografie, ebenso wie weitere Briefwechsel und Zeitungsartikel. Interviews mit Zeitzeugen ergänzen das schriftlich überlieferte Material, zu dem vor allem die beiden Werke „Silhouetten“ (1955) und „Die Palette. Tagebuchblätter und Briefe“ (1949) gehören, die Gretha Jünger, um ihre Eigenständigkeit zu behaupten und nicht den Vorwurf einer Konkurrenz zu ihrem Schriftsteller-Ehemann zu provozieren, unter ihrem Mädchennamen Gretha von Jeinsen publizierte. Etliche Dokumente sind während des Krieges verloren gegangen, teilweise durch ein nach dem 20. Juli 1944 von Gretha Jünger veranstaltetes Autodafé. Die beiden Publikationen „Palette“ und „Silhouetten“ können somit nur begrenzt als biografische Dokumente gelesen werden, da sie nachträglich und mit zeitlicher Distanz verfasst worden sind. Umso wichtiger sind die Korrespondenzen, vor allem jene zwischen Gretha Jünger und dem „Seelenfreund“ (S. 17) Fritz Lindemann (1896–1986), die die Eigenstilisierung der Autorin zurechtrücken. Villinger schöpft aus diesen Quellen, sortiert und arrangiert das Material mit ordnender Hand und erstellt in

souveränem Zugriff mit „sitzenden Formulierungen“ (S. 356) ein spannendes, dokumentarisch abgesichertes Porträt von Gretha Jünger, die damit hoffentlich aus der bisherigen „Unsichtbarkeit“ hinaustritt, in die sie nicht gehört. Ein besonderes Verdienst der Biografin besteht in der Auflösung der Pseudonyme, die Gretha Jünger in den „Silhouetten“ verwendete. Erst durch die Klarnamen wird der Kontext deutlich, in dem die jeweilige Person zu situieren ist. So verbirgt sich hinter „Siegfried“ der Arzt und Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich (1908–1982), der bereits in den 1930er-Jahren mit Gretha und Ernst Jünger befreundet war.

Da die Biografie von Gretha Jünger, die „bereits in der Wiege Rebellin war“ (S. 25), nicht rein chronologisch dargeboten wird, sondern sogleich eine Einbettung in zeitgenössische Diskurse und Debatten erfährt, wäre eine kurze Zeittafel zur Orientierung sinnvoll gewesen, denn auch das ausführliche Inhaltsverzeichnis nennt die genauen Daten nicht. Zudem stellt die Tatsache, dass Gretha schon bei der Schilderung ihrer Schulzeit mit dem Ehenamen „Gretha Jünger“ bezeichnet wird, die Fähigkeit zur zeitlichen Einordnung beim Lesen auf eine gewisse Probe. Hier wäre eine konsequente Benennung sinnvoll gewesen. Die beigegefügt illustrierenden Bilder haben nur einen Nachteil – dass es nicht mehr sind. Ein Personenregister und ein beeindruckendes Literaturverzeichnis runden das gelungene Porträt ab. In Zukunft wird die Betrachtung von Ernst Jüngers Werk an der Lebensgeschichte seiner ersten Frau nicht mehr vorbeikommen. Es ist zu hoffen, dass das von Villinger als schmerzliches Desiderat empfundene Fehlen einer Ausgabe der literarischen Schriften Gretha Jüngers in absehbarer Zeit durch eine solide Edition behoben wird, damit diese in Zukunft auch als Autorin – ihrer Bedeutung entsprechend – angemessen wahrgenommen werden kann.

Angela Reinthal

Jan Neubauer: Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im „Dritten Reich“ (= München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft; Bd. 6). Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 452 S.

Die Dissertation von *Jan Neubauer* erbringt den Nachweis, dass die Stadt München nicht nur ein fester, sondern ein zugleich systemrelevanter und stabilisierender Bestandteil des NS-Regimes war. Eine Vielzahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter der „Hauptstadt der Bewegung“ passte sich der neuen politischen Situation bereitwillig an und setzte die nationalsozialistische Politik vor Ort effektiv um. Ab 1933 wurden Repression und Gewalt zu wichtigen Instrumenten: Die Entlassungen von politischen Gegnern und Juden ab diesem Zeitpunkt bauten eine zentrale Drohkulisse für die Beschäftigten der Stadtverwaltung auf. Oberbürgermeister Karl Fiehler und der Personalreferent Karl Tempel setzten bei der Personalführung jedoch auch auf sozialpolitische Maßnahmen, machten Integrationsangebote und offerierten individuelle berufliche sowie soziale Aufstiegsmöglichkeiten, um die Beschäftigten für sich zu gewinnen. Die NS-Ideologie war dabei immer handlungsleitend.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges arbeiteten zwar über 19 000 Menschen in der Münchner Stadtverwaltung, die Rekrutierung von Arbeitskräften blieb jedoch ein zentrales Problem, da die Umsetzung der Vierjahresplanpolitik und Forderungen der Privatwirtschaft die Stadt unter erheblichen personellen Druck setzten. Zudem misstraute die Stadtführung ihren kommunalen Arbeitnehmern. Diese standen unter ständiger Beobachtung, nicht nur durch die städtischen Institutionen, sondern auch durch die Gauleitung, örtliche Parteistellen und die Bewohner der Stadt selbst. Seitens der Stadtspitze erfolgte die Kontrolle dabei im Wesentlichen durch die Anwendung von Gewalt,

durch Verwaltungshandeln und ein verändertes Organisationsgefüge. Die Stadt schaltete während des Krieges Polizei und Gestapo ein, um vereinzelt Mitarbeiter in „Schutzhaft“ nehmen zu lassen. Außerdem wurden permanent die organisatorischen Bindungen und Mitgliedschaften des städtischen Personals überprüft, erfasst und politisch beurteilt. Als „verdächtig“ eingestuft wurden beispielsweise enge Kontakte zu den Kirchen, die vormalige Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei der Weimarer Republik oder die fehlende Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.

Die Stadtführung baute bei der Kontrolle sowohl auf altbekannte Organisationsstrukturen wie den klassischen Dienstweg als auch auf neue Kommunikationswege. Die Berichte der Funktionäre der Deutschen Arbeitsfront und des Reichsbundes der Deutschen Beamten boten der Stadtführung einen zusätzlichen Einblick in das Verhalten der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Beide Organisationen bauten in der Stadtverwaltung Netzwerke auf, die eng mit der Stadtführung verbunden waren. Viele Obmänner rekrutierten sich gerade in der Anfangszeit aus Personal, das bereits vor 1933 in der NS-Bewegung aktiv gewesen war. Sie gaben bei Beförderungen oder Dienststrafverfahren politische Gutachten ab oder beteiligten sich an Denunziationen. Außerdem koordinierten sie ideologische Schulungsmaßnahmen, den Betriebssport, die Angebote der Feierabendgestaltung und die Betriebsappelle. Die Funktionäre überwachten also das Alltagsverhalten und registrierten beispielsweise diejenigen, die sich weigerten, für das Winterhilfswerk zu spenden.

Nach den ersten alliierten Luftangriffen auf München im September 1942 gewann das Kontrollsystem weiter an Bedeutung. So konnte die Stadt gewährleisten, dass die Mitarbeiter nach den Bombardements zur Arbeit erschienen. Zusätzlich zu diesem Überwachungssystem versuchte das Personalreferat

durch Anreize für die Mobilisierung der Belegschaft zu sorgen. Den während des Krieges eingestellten Frauen wurden beispielsweise – allerdings unbezahlte – „Haushaltstage“ angeboten. Im polykratischen NS-Staat musste sich die Stadt bezüglich der Arbeitszeiten zwar nach den Vorgaben der übergeordneten Behörden und der Dienststellen des Arbeitseinsatzes richten, wollte aber grundsätzlich die Kontrolle über ihr Personal wahren. Die Stadtverwaltung warb angesichts des gravierenden Personalmangels auf Kosten kleinerer Kommunen externe Arbeitskräfte aus umliegenden Ortschaften an. Die neuen Arbeiter und Angestellten mussten sich rasch anpassen. Beispielsweise forderte das Personalreferat über Fragebögen immer wieder Selbstverortungen ein. Der Anpassungsdruck erstreckte sich auch auf die Familien der Mitarbeiter. Es entwickelte sich eine Dynamik von Exklusion und Inklusion. Viele Mitarbeiter übernahmen die rassistische Ideologie des Nationalsozialismus und grenzten Kollegen aus, ohne dass von oben großer Druck aufgebaut werden musste. Neubauer konstatiert aber ebenfalls, dass die Zugehörigkeit zur „Betriebsgemeinschaft“ ein permanenter Bewährungszustand gewesen sei, der mit einem ständigen Anpassungsdruck auf die Belegschaft verbunden war. Im Nationalsozialismus entschieden neben „Rasse“ Leistung und Leistungsbereitschaft über den Stellenwert des einzelnen Menschen in der hierarchischen NS-Gesellschaft.

In den 1930er-Jahren wuchs der städtische Stellenplan an, was der Stadt München ermöglichte, Aufstiegsmöglichkeiten für ihre Mitarbeiter zu generieren. Davon profitierten zunächst vor allem „Alte Kämpfer“ und Altparteigenossen. Zudem ermöglichten die Wirtschaftsentwicklung und der Kriegsverlauf neue berufliche Laufbahnen. Der Kriegsalltag erforderte einerseits eine Leistungssteigerung der städtischen Beschäftigten, entlastete die „arische“ „Betriebsgemeinschaft“ aber andererseits durch den zunehmenden

Einsatz von Zwangsarbeitern. Durch diesen änderten sich die Hierarchien am Arbeitsplatz, da die Stellung der deutschen Arbeitskräfte erheblich aufgewertet wurde.

Neubauers Studie stützt sich auf umfangreiches Quellenmaterial. Der Autor wertete die relevanten Bestände des Stadtarchivs München, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München, des Bundesarchivs und der National Archives and Records Administration in Washington, D.C. aus. Einzig die im Vergleich zur Kriegszeit etwas knappe Behandlung der Vorkriegszeit (1933–1939) bleibt als kleiner Kritikpunkt zu erwähnen. Dies schmälert allerdings den Wert dieses wichtigen Buches keineswegs.

Gerhard Neumeier

Andrew Stuart Bergerson: Nationalsozialismus in alltäglichen Interaktionen. Freundschaft und Nachbarschaft in Hildesheim zwischen den Kriegen (= Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim, Bd. 37). Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2019. 472 S.

Andrew Stuart Bergersons Anliegen ist es, am Beispiel der Geschichte Hildesheims alltägliche Interaktionen nachzuvollziehen, mit denen in Deutschland nach 1918 „die Weichen für den Holocaust [...] gelegt wurden“ (S. 432). Sein Augenmerk gilt der „Frage, welchen Beitrag gewöhnliche Menschen leisteten, den Nationalsozialismus in der deutschen Gesellschaft zu etablieren“ (S. 49) – wie sie dabei halfen, ihn „zu inszenieren, zu praktizieren und im Alltag fest zu verankern“ (S. 61). Insbesondere interessiert ihn ihre Rolle „bei der Isolation ihrer Nachbarn und deren Auslieferung an das nationalsozialistische Regime“ (S. 35).

Um eine solche „mikropolitische Revolution von gewöhnlichen Menschen“ (S. 22) zu erforschen, bedient sich Bergerson einer „ethnografischen Geschichtswissenschaft“.

Ziel seiner „Geschichte von unten“ (S. 50) ist es, „Gewohnheiten zu verstehen, mit denen die Hildesheimer [...] ihre Interaktionen verhandelten und strukturierten“ (S. 18), und die „informellen Grundsatzentscheidungen“ freizulegen, mit denen man „sich über die tradierten Formen des zivilen Miteinander in Hildesheim hinweg[setzte] und von bestimmten Nachbarn oder Freunden symbolisch Abstand“ nahm – was „im Alltag öffentlich zwischen den Menschen ausgehandelt“ wurde (S. 24). Im Zuge des rassistischen Umbaus der Gesellschaft im Nationalsozialismus kam es zu einer Neuziehung der „nun auch informellen Grenzen der ‚Volksgemeinschaft‘“ (S. 350).

Der Verfasser vertritt die These, dass die von ihm „untersuchten Prozesse den Weg zu einer Entfesselung der Gewalt dynamisiert haben, weil es immer schwieriger wurde, ‚Nein‘ zum Nationalsozialismus zu sagen [...]. Bevor Hildesheimer ihre Nachbarn und Freunde enteignen, deportieren und ermorden konnten, mussten sie diese zuerst von ‚Deutschen‘ in ‚Juden‘ und sich selbst in ‚Arier‘ verwandeln“ (S. 21). Sie entschieden somit durch „alltagspraktisch[e]“ (S. 37) Entscheidungen (mit), wer zur NS-Volksgemeinschaft gehörte und wer ausgeschlossen würde.

Die Originalfassung der Studie erschien 2004 unter dem Titel „Ordinary Germans in extraordinary times“. Bis zum Erscheinen der deutschen Übersetzung war ein von finanziellen und editorischen Schwierigkeiten gepflasterter Weg zurückzulegen, welche in eine Überarbeitung der Originalfassung mündeten (S. 12 f.). Grundlage der Studie sind narrative Interviews, die der Verfasser in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre mit 36 Personen führte, die zwischen 1900 und 1930 geboren waren und zwischen 1900 und 1950 zumindest eine gewisse Zeit in Hildesheim gelebt hatten. Mit 27 von ihnen sprach er dort, mit sechs in Israel und mit drei in den USA. Die auf Band aufgenommenen Gespräche, aus denen Bergerson (anekdotenhafte) „Gewohnheits-

erinnerungen“ herausarbeitete, umfassen insgesamt rund 200 Stunden (S. 70). Die Namen seiner Gesprächspartnerinnen und -partner hat der Verfasser durchweg mit Decknamen anonymisiert. Sie sind mittlerweile fast sämtlich verstorben (S. 33, 135).

Die Wahl Hildesheims ist nicht dem Umstand geschuldet, dass eine breite Quellenüberlieferung vorhanden wäre, sie beruht vielmehr auf der Einschätzung, dass diese Stadt mit damals 50 000 bis 60 000 Einwohnern – unter ihnen Anfang 1933 etwa ein halbes Tausend jüdische Deutsche – in Bezug auf Wohnsituation, konfessionelle Verteilung und Wahlverhalten zu einem gewissen Grad repräsentativ für das Deutschland der Zwischenkriegsjahre war (S. 39 f., 62, 131). Ohnehin ist „kein objektiver Blick auf die Vergangenheit“ angestrebt, sondern eine „intersubjektive, ethnografische Begegnung zwischen Forschern und Zeitzeugen“ (S. 418). Allerdings werden die Grenzen des Zugangs über eine mündliche Befragung deutlich, wenn das Geschehen der frühen 1940er-Jahre untersucht wird. Die Opfer der Deportationen starben zumeist, während „viele Hildesheimer direkt am späteren System des Massenmords beteiligt waren, als Soldaten, Fabrik- und Bahnarbeiter, Parteifunktionäre, Verwaltungsmitarbeiter usw.“ (S. 374), was ein offenes Gespräch erheblich erschwerte.

Es gelingt dem Bergerson jedoch, auf drei Teilbereiche des Alltagslebens genauer einzugehen: die Art und Weise des Grüßens, das Verlangen nach „Niveau“, also der Erhöhung des eigenen gesellschaftlichen Status, und das besonders unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen beliebte Bumeln in den Einkaufsstraßen, wobei sich der Wunsch nach Warenkonsum mit sexuellem Begehren vermischte (S. 175 f.). Hier kam es zu einem Wandel der Umgangsformen, den der Autor als anpasslerische „Selbstkultivierung“ bezeichnet und der einen bedeutenden „Mechanismus für die Genese [...] des Holocaust dar[stellte]“ (S. 42).

Einige der Zeitzeugen äußerten ihre Überzeugung vom „jüdischen Charakter des Hildesheimer Geschäftsviertels“. Bergerson bemerkt dazu, er wolle „dieser von Hass geprägten [antijüdischen] Ideologie hier keinen Vorschub leisten, indem ich antisemitische Lügen über die Hildesheimer Juden wiederhole und dadurch bekräftige“. Der Antisemitismus könne nicht aus seinem Alltagskontext herausgelöst werden. Freilich gelte die Studie nicht den (damaligen) Haltungen der Interviewten, sondern ihren gewohnheitsmäßigen Handlungen – „welche Praktiken sie an den Tag legten und welche Auswirkungen ihr Handeln auf ihre Nachbarn hatte“. Was das Schicksal der jüdischen Vertriebenen angehe, komme Unwissen und Desinteresse zum Ausdruck (S. 197 f.).

Wurde mit den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 „die rechtliche Grundlage für den Holocaust“ geschaffen, so gingen sie einher mit dem gleichzeitig verabschiedeten Reichsflaggengesetz, wonach die Hakenkreuzfahne das Banner der neuen rassistischen Volksgemeinschaft zu sein hatte (S. 259 f.). Mit ihrem Alltagshandeln, etwa bei der eifrigen „Beflagung ihrer Nachbarschaft“, spielten die Hildesheimer „eine entscheidende Rolle bei der Faschisierung ihrer Stadt“. Dabei ist für Bergerson die „Hakenkreuzfahne das augenfälligste Symbol der totalitären Bestrebungen“, wie der „Hitlergruß das hervorstechendste Symbol der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘“ war (S. 267 f.). Wiederholt unterstreicht der Verfasser historische Kontinuitäten und stellt fest: „Die NS-Diktatur brach nicht 1933 plötzlich über Deutschland herein, sondern etablierte sich Schritt für Schritt und über eine Zeitspanne, die die Jahre von 1930 bis 1938 umfasste“ (S. 338).

Bergerson vermag der NS-Alltagsgeschichte mit seinem ethnologischen Zugang wichtige Aspekte hinzuzufügen. Doch kommt die emotionale Seite allzu kurz, denn die aus den gemeinschaftsstiftenden Kollektiv-

erlebnissen herrührende Begeisterung, ja Berausung bleibt unerwähnt. Auch wird man bei den nach 1918 geborenen Jugendlichen weniger von Selbstkultivierung als von Indoktrination in Schule und Hitlerjugend sprechen müssen, wurden sie doch zu dem Gelöbnis abgerichtet – wie Hans Baumann es in einem seiner Lieder von ihnen verlangte –, „neue Lande [zu] gewinnen“.

Einen prominenten Platz räumt der Autor einer Kinderzeichnung von Heinz-Hermann Köhler (1922–1943) ein, in welcher der Sechstklässler die nationalsozialistische Propagandatätigkeit für die Volksabstimmung und Reichstagswahl am 12. November 1933 festhielt: „AM 12 Nov. SITMT MIT Ja!“ [sic]. Bergerson ordnet sie fälschlich dem Jahr 1936 zu (S. 265, 335 ff.). Unzutreffend ist auch die Behauptung über (vermeintliche) „Universitätsstädte“ (S. 67). Georg Roboom konnte nicht „bis 1945 Parteisekretär der SPD in Hildesheim“ (S. 310) sein, sondern nur bis 1933. Mit „Dr. Giepel, Reichsanwalt am berüchtigten Volksgerichtshof“ (S. 318), ist der Erste Staatsanwalt beim Volksgerichtshof Sigfrid Geipel (1902–1938) gemeint, der als Oberreichsanwalt fungierte.

Insgesamt gelingt es dem Autor herauszustellen, „wie sich die Hildesheimer nationalsozialistische Gewohnheiten vor dem Zweiten Weltkrieg aneigneten, die nach dessen Ausbruch die Bereitschaft zum Völkermord erhöhten“ (S. 84), wenngleich die meisten der Interviewten sich anzuerkennen weigerten, „wie sehr sie [selbst] dazu beigetragen hatten, der ‚nationalsozialistischen Revolution‘ den Weg zu ebnen“ (S. 244). Wer von der NS-Politik profitierte, ging eine Beziehung nicht allein mit den Machthabern, sondern auch mit deren Opfern ein. Und so war es „[a]us einer alltagshistorischen Perspektive [...] nicht allein das NS-Regime, das die zivile Gesellschaft in eine völkische Gemeinschaft verwandelte, sondern vielmehr die deutsche Bevölkerung selbst“ (S. 294).

Klaus-Peter Friedrich

Urte von Berg: Dorothy von Moltke: Eine Biographie. Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 248 S.

Für Golo Mann waren Erklärungen zuweilen einfach. Wir seien, was wir gelesen, behauptete er. Jacob Burckhardt war hingegen überzeugt, der Mensch sei seiner Zeit oft ähnlicher als seinem Vater. Regelmäßig werden Vorfahren für Lebenswege der Nachfahren verantwortlich gemacht; stets betonen Biografen Traditionen oder Erziehungseinflüsse. Meist spielen Väter, seltener Mütter eine Rolle. Oft verschieben sich rückblickend Proportionen. „Wie er am Ende war, so war er eigentlich“, tröstete sich Theodor Fontane, als er den Abschied von seinem oft kritisch beurteilten Vater beschrieb. Mütter aber bleiben unterbelichtet, ihre Rolle limitiert: Sie formten das Gemüt und prägten, so betonen viele Biografen, den Sinn ihrer Kinder für Kultur und Musik, sie entwickelten die Fähigkeit zur Empathie, lehrten Familiensinn und Zusammenhalt, stärkten nicht selten Konvention und Konventionalität.

Dorothy von Moltke (1884–1935), Mutter des am 11. März 1907 geborenen und später „Herz“ des „Kreisauer Kreises“ genannten Helmuth James von Moltke, ermutigte ihre Kinder zur Unkonventionalität. Auf ihre Art war auch sie eine Kreisauerin, obwohl sie, 1935 verstorben, der Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus nicht angehörte. Ihr Leben hat nun durch *Urte von Berg* eine von Sympathie geprägte Hommage erfahren. Als in vielerlei Hinsicht außergewöhnliche Frau passte Dorothy eigentlich nur schwer in die altpreußische Familie, in die sie einheiratete. Ihr Vater James Rose Innes amtierte als Kronanwalt in Südafrika. Er war ein britischer Spitzenjurist liberaler englischer Prägung, während seine Frau Jessie Dods, geborene Pringle, mit der Frauenwahlrechtsorganisation „Woman’s Enfranchisement League“ sympathisierte. 1914 wurde sie Vorsitzende des „National Council for Women“. Ihre Tochter Dorothy lernte 1902 bei einer Europareise eher

zufällig den von schwerer Krankheit genesenen Erben des Moltkeschen Gutes Creisau in Schlesien, Helmuth, kennen und heiratete in eine der bekanntesten und angesehensten preußischen Adelsfamilien ein. In ihrer Ehe bewahrte Dorothy nicht nur Contenance, sondern eröffnete der Familie des „alten Moltke“, des Heerführers aus den „Einigungskriegen“, neue Welten. Der Name „Moltke“ erhielt so einen anderen, nichtmilitärischen Klang, der vor allem im Zusammenhang mit der Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus nachhallte. Dass ihr Mann, der seit seiner Genesung zu den führenden Vertretern der Christian Science-Bewegung der Amerikanerin Mary Baker Eddy in Deutschland gehörte, so gar nicht dem Ideal eines preußischen Adligen entsprach, sondern die kritische Sicht seiner angelsächsisch geprägten Frau auf die teutonische Gesellschaft teilte, half, den fünf Kindern neue Handlungsräume zu erschließen.

Wie wir aus den bereits 2011 von Beate Ruhm von Oppen publizierten Briefen von Dorothy an ihre Eltern wissen, erlag die im Herzen Südafrikanerin Gebliebene nicht dem borussischen Lebensstil. Gesellschaftlich fügte sie sich ein, passte sich aber nicht an; sie bewahrte sich ihren unabhängigen, wachen, kritischen Blick. Große Namen beeindruckten sie nicht, vor die Pflichterfüllung setzte sie die Gewissensbefragung. Dass sich einer ihrer Söhne aus Karrieregründen der SA anschloss, verstand sie nicht. Die Entwicklung ihres ältesten Sohnes Helmuth James verfolgte sie mit Engagement und Stolz. Persönliche Schilderungen sind das eine, die politischen Geschehnisse Deutschlands das andere große Thema ihrer Briefe: Krieg, Revolution, das Ende der Republik, die nationalsozialistische Machtübernahme registrierte sie mit feinem Gespür. Dorothy von Moltke hatte ein Sensorium für die Veränderungen der Lebensgefühle und der Weltsicht. Symptomatisch für ihre Distanz ist die Bezeichnung für ihren Mann, den sie wiederholt als „Young Teuton (Y. T.)“ ansprach.

Die kulturgeschichtlich außerordentlich anregenden Briefe verwebt von Berg erzählerisch mit der Familiengeschichte. Neben Dorothy als Mutter rücken zunehmend Helmuth James und dessen Schulbildung, sein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und schließlich seine Heirat mit Freya Deichmann 1931 in den Mittelpunkt der Darstellung. Ihr ältester Sohn erschien Dorothy schon früh geradezu als „unglaublich“ (S. 76). Deshalb akzeptierte sie, dass er den Geist des Schondorfer Landerziehungsheims ablehnte und an ein Potsdamer Gymnasium wechselte.

Die Biografie Dorothy von Moltkes ist nicht als Lebensbeschreibung, sondern als Zeitbild angelegt. Von Berg skizziert die Entstehung eines fest gefügten familiären Milieus, das durch Moralität und eigenständige Weltorientierung geprägt war. Endlich einmal wird nicht, wie sonst oft in Biografien von Regimegegnern, Stefan George bemüht, um Welt-sicht und Weltverständnis des Widerstands zu erklären. Der entscheidende Blick der Autorin richtet sich vielmehr auf Zivilität und Kommunikation. Mitte Mai 1924 berichtete Dorothy ihren Eltern, Helmuth sei „sehr modern und gehört geistig zur heutigen Jugend mit ihren europäischen Ansichten“ (S. 109). Ihre Sicht auf die damalige Jugend unterscheidet sich von der vieler Zeitgenossen, die „in Stahlgewittern“ (Ernst Jünger) angeblich ihre Herausforderung und Bewährung in „Sein und Zeit“ (Martin Heidegger) gefunden haben wollten. Dorothy von Moltke begeisterte sich hingegen auf andere Art für die Jugend, „da ist so viel Geistigkeit, so viel Frohsinn und Einfachheit“. Zugleich war sie selbstkritisch und übersah die Distanziertheit ihres Sohnes gegenüber den bündischen Lebensformen nicht. Helmuth James entwickelte später das Konzept der generations- und berufsverbindenden „Löwenberger Arbeitsgemeinschaft“, die bündisch organisiert war und manche der späteren Kreisauer zusammenführte.

Die Krisenjahre der Weimarer Republik waren auch ökonomisch eine schwere Last

für das Kreisauer Gut. Dorothy reagierte „tolstojanisch“, d. h. sie klagte nicht, sondern war überzeugt, „daß eine gewisse Menge manueller Arbeit gut und gesund für sie“ sei (S. 153), sah aber auch, dass „die jungen Menschen wenig Aussicht auf Glück und Erfolg haben“ (S. 159). Sie teilte den Zukunftsoptimismus, der in der Heirat ihres Sohnes mit Freya zum Ausdruck kam. 1932 wich sie für wenige Monate nach Südafrika aus, arbeitete dann im Herbst gemeinsam mit ihrem Mann an der Biografie der Begründerin der Christian Science und überließ Helmuth die Konsolidierung des finanziell schwer bedrängten Gutes. Die dramatischen Ereignisse des Jahres 1932: die Regierung Papen, der Preußenschlag und das Wahlkampfinferno beeinflussten ihr Zeitgefühl, mehr aber nicht. „Ich möchte wirklich all diese Naziführer loswerden“, schrieb sie am 23. Januar 1933 an ihre Eltern, „brüllten“ diese doch lediglich „Gemeinplätze“. Am 30. Januar 1933 ahnte sie die politischen Konsequenzen dieses Tages, da „praktisch alle Mitglieder des neuen Kabinetts darauf aus sind, die Verfassung zu brechen“. Sie hegte die Hoffnung, die „inkompetenten Reaktionäre“ könnten „ein solches Durcheinander anrichten, daß ihre Heiligenscheine verschwinden“ (S. 193).

In den wenigen Jahren bis zu ihrem Tod änderte sich ihr Urteil nicht. Vom Wahlergebnis „erstaunt und betrübt“, antizipierte Dorothy von Moltke die Abschaffung „demokratischer Gepflogenheiten“ und der Gleichheit vor dem Gesetz bereits am 7. März 1933, zwei Tage nach der Wahl. Wichtig wurde ihr die Familie, weil sie Distanz von „politischen Ereignissen“ schuf. Sie registrierte die ersten politischen Schwierigkeiten ihres Sohnes Helmuth James, des angehenden Juristen, und die Niedergeschlagenheit ihres Mannes. Selbst am Kammergericht, so erwähnte sie, ergehe „kein ‚gerechtes Urteil‘ mehr“. Schließlich fragte sie in einem Brief an ihren Vater: „Was nützt es, etwas zu studieren, das von Monat zu Monat überholter ist?“ (S. 201). Dorothy

fühlte sich als „Außenseiter“, bezeichnete sich als „politisch heimatlos“, gleichsam aus der Zeit gefallen, denn „wir haben wirklich die Uhr um 100 Jahre oder mehr zurückgestellt“. Diese Klarsicht macht deutlich, dass die liberale rechtsstaatliche Erziehung Dorothy von Moltke davor bewahrte, dem Sog der Zeit zu erliegen. So freute sie sich sogar über „etwas Widerstand“ (S. 208). Dem Leser drängt sich die Frage auf: Wenn sie alles so klar einordnete, warum andere nicht?

Leider hat sich Urte von Berg dafür entschieden, im hinteren Teil des Bandes jene Ereignisse, die für die Entstehung der eigenständigen Weltsicht und das unkorruptible Weltverständnis von Dorothy, Helmuth James und seiner Schwester Asta so charakteristisch waren, lediglich knapp aufzuführen. Deutlich wird immer wieder der prägende Einfluss Dorothy von Moltkes auf ihre Kinder. Sie war dafür verantwortlich, dass Helmuth sich nicht in einer typischen obrigkeitstaatlichen Orientierung seiner Gutsbesitzerklasse oder in der mit ihr korrespondierenden Untertanengesinnung verlor und die Maßstäbe humaner Orientierung nicht preisgab. 1938/39 initiierte er gemeinsam mit Peter Graf Yorck von Wartenburg einen Gesprächskreis, den die Gestapo den „Kreisauer Kreis“ nannte und dessen Mitglieder fast ausnahmslos vor dem Volksgerichtshof und in Plötzensee endeten. Dorothy erlebte dies wegen ihres plötzlichen Todes im Jahr 1935 nicht mehr mit. Ihre Briefe machen aber deutlich, dass ihre politischen Positionen denen des Kreisauer Kreis entsprachen.

Obwohl die Briefe in dem vorliegenden Band in einen historischen Kontext gestellt werden, sollten Leserinnen und Leser sie unmittelbar auf sich wirken lassen. Leider aber fehlt dem Werk eine chronologisch klare Orientierung. Dies ist die Folge der zuweilen verwirrenden impressionistischen Erzählweise der Autorin, die ständiges Vor- und Zurückblättern verlangt.

Peter Steinbach

Christoph U. Schminck-Gustavus: Der Tod auf steilem Berge. Die „Standgerichtsprozesse“ gegen Dietrich Bonhoeffer und Hans von Dohnanyi und die Freisprechung ihrer Mörder. Donat Verlag, Bremen 2020, 383 S.

Deutsche Kriegs- und Standgerichte haben im Zweiten Weltkrieg etwa 50 000 Todesurteile verhängt, das sind mehr als der Volksgerichtshof und die Sondergerichte zusammen an Unrecht gesprochen haben. Das Wüten der Juristen gegen Opposition und Widerstand, gegen Deserteure und „Verräter“, gegen Volksgenossen, die der Phrasen müde waren, die ein Ende des nationalsozialistischen Schreckens und des Krieges herbeisehnten und dies zum Ausdruck brachten, wurde über den Untergang des Regimes hinaus hingenommen. Standesgenossen der nationalsozialistischen „Blutrichter“ wie der nachmalige Ministerpräsident Baden-Württembergs Hans Filbinger, der mit dem Mantra „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ als „furchtbarer Jurist“ in die Geschichte einging, zeigten sich unbelehrbar. Die „Rechtsprechung“ gegen Unangepasste und Widerstandleistende vor 1945 und der Umgang damit nach 1945 sind Gegenstand eines Bandes, der zwei exemplarische prominente Personen des Widerstands, den Theologen Dietrich Bonhoeffer und den Juristen Hans von Dohnanyi, in den Mittelpunkt stellt. Beide wurden von Standgerichten verurteilt und in den letzten Tagen des NS-Staates im April 1945 in den KZ Flossenbürg und Sachsenhausen ermordet.

Christoph U. Schminck-Gustavus ist ein ungewöhnlicher Jurist. 33 Jahre lang, von 1974 bis 2007, lehrte er als Professor an der Universität Bremen Rechts- und Sozialgeschichte. Als Autor wurde er mit Büchern über Menschen im Zweiten Weltkrieg und über deutsche Verbrechen in Griechenland einem breiteren Publikum bekannt. Die Kriegsverbrechen auf der Insel Kephallonia und die Zerstörung der Gemeinde Lyngiades sowie die

Ermordung ihrer Einwohner durch Gebirgsjäger der deutschen Wehrmacht sind darin thematisiert. Seine 1986 erschienene Publikation „Das Heimweh des Walerjan Wrobel“ war 1990/91 Vorlage eines gleichnamigen Spielfilms. Ein Dokumentarfilm über den Judenmord in Griechenland entsteht derzeit auf Grundlage des Buches „Winter in Griechenland“ (2010), in dem Schminck-Gustavus sich den Schicksalen griechischer Holocaustopfer annimmt. Ähnlich engagiert und literarisch anspruchsvoll ist die Neufassung des Buches über die Justizmorde an den Widerstandskämpfern Dietrich Bonhoeffer und Hans von Dohnanyi, begangen im „Dritten Reich“ von willigen Dienern des Unrechtsregimes. Von der Nachkriegsjustiz der Bundesrepublik wurden die verantwortlichen NS-Juristen nicht zu Mördern erklärt, sondern als Ehrenmänner freigesprochen, genossen stattliche Pensionen, wurden in öffentliche Ämter gewählt und feierlich als verdiente Honoratioren zu Grabe getragen. Der Autor nennt sein Buch eine Dokumentation, weil es die Früchte akribischen Quellenstudiums darstellt. Das Besondere des Formats besteht jedoch darin, dass Schminck-Gustavus sich als Erzähler versteht, nicht als Editor oder Kommentator philologisch aufbereiteter Dokumente mit textkritischen Fußnoten, Auslassungszeichen, eckigen, spitzen oder sonst im Dienst der Wissenschaft nutzbar gemachten Klammern. Er erzählt die Geschichte von Juristen, die ihr von ethischen Gesichtspunkten freies positivistisches Rechtsverständnis in den Dienst des Unrechtsstaats und seiner Ideologie stellten. Einer von ihnen war der Generalrichter Manfred Roeder, der in hemmungsloser Hingabe an das Regime massenhaft Todesurteile – allein gegen Angehörige des Widerstandskreises „Rote Kapelle“ waren es Dutzende – gefordert hatte und sich seiner Taten auch im demokratischen westlichen Nachkriegsdeutschland noch brüsten durfte. Darüber hinaus – vor allem – schildert Schminck-Gustavus die Leiden der

Opfer in den Fängen einer pervertierten Justiz, deren Morde in den Jahrzehnten misslungener „Vergangenheitsbewältigung“ unge-sühnt blieben.

In dichter Beschreibung, gestützt auf akribische Quellenrecherche, zeichnet Schminck-Gustavus den letzten Weg zweier prominenter Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus nach. Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer, bedeutendster Kopf der Bekennenden Kirche, hatte über seinen Schwager, den Juristen Hans von Dohnanyi, der im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht tätig war, in Verbindung zur Militäropposition gestanden und seine Auslandskontakte in den Dienst des Widerstands gestellt. Anfang März 1943 verhaftete die Gestapo den Geistlichen auf Veranlassung der nazihörigen „Deutschen Christen“. Bereits seit 1936 hatte Bonhoeffer Lehr-, seit 1940 Rede- und seit 1941 Schreibverbot. Inhaftiert im Militärgefängnis Tegel, dann in den KZ Buchenwald und Flossenbürg, verurteilte ihn ein „Standgericht“ wegen seiner Verbindung zu den Verschwörern des 20. Juli im April 1945 zum Tode. Bonhoeffer war 39 Jahre alt, als er am 9. April 1945 am Galgen starb. Dohnanyi war ebenfalls zwei Jahre in Haft. Er wurde mithilfe der Justiz am selben Tag wie Bonhoeffer im KZ Sachsenhausen ermordet. Die letzten Wege beider in der Agonie des NS-Staats sind Gegenstand des engagierten und facettenreichen Buches.

Dem Bremer Donat Verlag ist für die Publikation des Bandes, der zahlreiche bislang unbekannte Abbildungen enthält, ebenso zu danken wie den Stiftern, die die Drucklegung ermöglicht haben. Das Buch ist ein Kompendium zur Rechtsgeschichte des „Dritten Reiches“, zugleich eine faktenreiche Anklage gegen die westdeutsche Nachkriegsjustiz und bietet ein luzides Bild der Abwehr historischer Realität und Verleugnung ethischer Verpflichtung der demokratischen Gesellschaft nach 1945.

Wolfgang Benz

Robert Gildea/Ismee Tames (Hrsg.): *Fighters across frontiers. Transnational resistance in Europe, 1936–48.* Manchester University Press, Manchester 2020, 352 S.

In den letzten Jahren hat sich für den grenzüberschreitenden Widerstand, vor allem in Bezug auf Oppositionsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, der Begriff des Transnationalen Widerstands international etabliert, maßgeblich bedingt in Großbritannien etwa durch den an der Universität Oxford lehrenden Historiker Robert Gildea, in Israel durch die Historikerin Renée Poznanski, in Österreich durch den Politikwissenschaftler Peter Pirker. Gemeinsam mit der niederländischen Historikerin *Ismee Tames* hat *Robert Gildea* nun ein Buch herausgegeben, in dem der Forschungsgegenstand transnationaler Widerstand – in Abgrenzung vom lokalen, nationalen, internationalen und multinationalen – über die Untersuchung dreier zentraler Aspekte definiert wird: Erstens bedeute er, biografische Entwicklungsverläufe von Widerstandskämpfern, die sie dazu veranlassten, außerhalb ihrer Herkunftsländer tätig zu werden, in den Blick zu nehmen. Zweitens müssten transnationale Kontakte und Kooperationen mit Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft und drittens Denkweise, Handlungsmuster und Selbstverständnis der beteiligten Akteure und Akteurinnen untersucht werden (S. 5).

Die Verknüpfung dieser drei Elemente, zumeist in einer tendenziell „aufsteigenden“ Entwicklungsperspektive, bildet methodisch eine tragfähige Basis für die Untersuchung politisch teils sehr unterschiedlich ausgerichteter Widerstandsbewegungen, und die zehn Kapitel (jeweils zumeist von mehreren Autoren verfasst) folgen – implizit oder explizit – dieser Trias in einer überzeugenden Weise. Nicht umsonst bildet der spanische Bürgerkrieg in einem von *Samuel Kruizinga* und mehreren Co-Autoren verfassten Beitrag den thematischen Ausgangspunkt (S. 12–30). Spanische Republikaner und internationale

Spanienkämpfer, oftmals jüdischer Herkunft, formten nicht nur während des Bürgerkrieges einen Schmelztiegel transnationaler Erfahrungen, sie spielten auch in den französischen Internierungslagern nach 1939 eine herausragende Rolle, worauf der gemeinsam mit einigen Kollegen abgefasste Aufsatz *Robert Gileas* verweist (S. 49–69). Die „spanische Matrix“ bildete auch einen transnationalen Katalysator für den antifaschistischen Widerstand im europäischen Maßstab. Hierfür liefert ein aus der Feder von *Yaacov Falcov* und anderen Kolleginnen und Kollegen stammender Beitrag beeindruckende Belege. So wird etwa die ferngesteuerte Explosion von Bomben im Zentrum von Charkow am 13. November 1941 thematisiert, durch die Dutzende Wehrmacht Angehörige getötet und wichtige Gebäude zerstört wurden. Diese Operation wurde von Angehörigen der Roten Armee gemeinsam mit spanischen Bergarbeitern durchgeführt, die seit 1939 im sowjetischen Exil lebten. Für eine weitere, ebenso spektakuläre Aktion zeichnete der polnische Spanienkämpfer *Bolesław Mołojec*, der zuletzt zum Kommandeur der XIII. Internationalen Brigade avancierte, verantwortlich. 1940 nach Moskau beordert, wurde *Mołojec* beauftragt, die 1938 aufgelöste polnische KP, deren Kader fast vollständig den stalinistischen „Säuberungen“ zum Opfer gefallen waren, neu aufzubauen. Zu diesem Zweck operierte er seit Dezember 1941 als sowjetischer Funk- und Fallschirmagent in Polen. Es gelang *Mołojec*, eine Verbindungslinie nach Paris aufzubauen, über die Dutzende seiner früheren Genossen, als „Zivilarbeiter“ getarnt, über das Deutsche Reich ins besetzte Polen zu geschleust werden konnten. Eine Spezialeinheit der von ihm errichteten „Volksgarde“ umfasste 300 Kombattanten. Im Dezember 1942 fiel *Mołojec* einem Mordanschlag seiner eigenen Genossen zum Opfer.

Renée Poznanski, *Bojan Aleksov* und *Robert Gildea* beschäftigen sich mit transnationalen Perspektiven von Juden und Jüdinnen im Widerstand, vor allem in Jugoslawien

und Frankreich (S. 109–131). Die häufig anzutreffende und für die Arbeit im Widerstand überaus vorteilhafte Vielsprachigkeit osteuropäischer Juden dieser Generation war häufig mit dem Zerfall der k. u. k. Monarchie, des Zarenreiches und der Umbrüche nach dem Ersten Weltkrieg unauflöslich verknüpft, wie etwa ein Zitat von Michal Feintuch (geb. 1906 in Galizien) belegt: „having begun my schooling under the Austro-Hungarian monarchy, I had learned German; then, during the year of the Ukrainian Revolution, I started Ukrainian. After which, all of my professional schooling took place in Polish. At home, we spoke Yiddish, and my father had forced me to learn Hebrew“ (S. 115).

Der interessante Beitrag von *Roderick Bailey* (S. 132–154) thematisiert die Verbindung des britischen Militärgeheimdienstes SOE (Special Operations Executive) mit Widerstandsgruppen in Frankreich, Albanien und Griechenland. Ebenfalls dem Partisanenkrieg am Balkan, in Verbindung mit Wehrmachtsdeserteuren, ist der Aufsatz von *Franziska Zaugg* und *Yaakov Falkov* (S. 155–179) gewidmet. Die transnationalen Dimensionen der z. T. gleichzeitig stattfindenden Aufstände in Paris, Warschau und in der Slowakei (August – Oktober 1944) beleuchten *Laurent Douzou*, *Yaakov Falkov* und *Vít Smetana* (S. 180–213).

Im Schlusskapitel befassen sich zahlreiche Autoren und Autorinnen mit den wechselvollen Schicksalen der Akteure in verschiedenen Ländern nach der Befreiung sowie mit den jeweils dominierenden Deutungsmustern des (transnationalen) Widerstandes in Ost und West. So setzte etwa in Frankreich unmittelbar nach der Befreiung von Paris eine „Nationalisierung der Widerstands-Narrative“ (S. 215) ein, die sich in einer überaus schäbigen Behandlung von 60 000 spanischen Republikanern in der französischen Résistance niederschlug. In der düsteren Atmosphäre des Kalten Krieges, besonders in den 1950er-Jahren, galten in der BRD und anderen westlichen Ländern transnationale Widerstandskämpfer

mehr oder weniger pauschal als „Agenten Moskaus“. Umgekehrt gerieten in den „Volksdemokratien“, als 1948 neue stalinistische Verfolgungsmaßnahmen initiiert wurden, Westemigranten häufig in den Strudel dieser politischen Repression. Nicht wenige Kommunisten, die sich im transnationalen Widerstand gegen das NS-Regime engagiert hatten, waren nun als angebliche „Verräter“, „Trotzkisten“ oder „Zionisten“ erneut politischer Verfolgung ausgesetzt. Das Spektrum reichte von Parteiausschlüssen über Verhaftungen bis hin zu Anklagen und Todesurteilen.

Trotz der Fülle an Fallbeispielen und Details verlieren sich diese keineswegs ins Uferlose, ganz im Gegenteil. Eine Rückbindung an allgemeinere Zusammenhänge ist in allen Beiträgen zu erkennen, die Beispiele folgen stets den eingangs skizzierten konstitutiven Elementen, durch die sich transnationaler Widerstand definierte bzw. aus denen er seine historische Bedeutung schöpfte.

Die Herausgeber und Autoren haben mit diesem Sammelband ein äußerst wichtiges Werk zum transnationalen Widerstand vorgelegt, eine Übersetzung ins Deutsche wäre wünschenswert.

Hans Schafranek

Jakub Šlouf/Daniela Němečková u. a. (Hrsg.): Mimořádný lidový soud v Praze (1945–1948). Retribuce jako služební úkol na hraně možnosti i profesní cti zaměstnanců justice [Das außerordentliche Volksgericht in Prag (1945–1948). Die Retribution als Dienstaufgabe im Spannungsfeld der Möglichkeiten und der Berufsehre der Justizbeschäftigten]. Nakladatelství Academia, Praha 2020, 535 S.

Die mit dem Ende des „Protektorats Böhmen und Mähren“ wiedererstandene Tschechoslowakei rechnete Anfang Mai 1945 in einem Prozess der „nationalen Reinigung“ mit ihrer unmittelbaren Vergangenheit ab. Neben der Vertreibung der noch verbliebenen

deutschen Bevölkerung wurden unter anderem Außerordentliche Volksgerichte (Mimořádné lidové soudy = MLS) installiert, die rasch an insgesamt 24 damaligen Bezirksgerichten geschaffen wurden. Die Grundlage hierfür bildete ein Dekret des aus dem Londoner Exil zurückgekehrten Präsidenten Edvard Beneš über die „Bestrafung der NS-Verbrecher, Verräter und deren Helfer sowie über die Außerordentlichen Volksgerichte“ vom 19. Juni 1945. Dass dabei dem Außerordentlichen Volksgericht in der Hauptstadt die größte Bedeutung zufiel, hat mehrere Gründe. Wenngleich die Zuständigkeit des Prager MLS sich auf der einen Seite lediglich auf die einwohnerstärkste Stadt des Landes erstreckte (freilich wurden in der Praxis 20 weitere Gerichtsbezirke einbezogen), wurden hier andererseits aufgrund der Lage im administrativen Zentrum des Landes die Prozesse gegen die prominentesten Repräsentanten des Okkupationsregimes konzentriert.

Das Buchcover zeigt den wohl bekanntesten Vertreter der NS-Besatzungsmacht im vormaligen Protektorat Böhmen und Mähren kurz vor der Urteilstreckung: Karl Hermann Frank. Der NS-Parteifunktionär und spätere Staatssekretär beim sogenannten Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, nach dem Heydrich-Attentat 1942 als Höherer SS- und Polizeiführer verantwortlich für Massenmorde an Tschechen, war seit August 1943 als deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren de facto einem „Reichsminister“ gleichgestellt. Nach Kriegsende wurde Frank von den Amerikanern gemäß getroffener Vereinbarungen bzw. Zusicherungen an die Tschechen ausgeliefert, im Mai 1946 in einem von großem medialen Interesse begleiteten Prozess vor dem Prager MLS zum Tode durch den Strang verurteilt und öffentlich hingerichtet. Er starb „in der hohlen Pose eines nationalen Märtyrers“, wie René Küpper in seiner vielbeachteten

Biografie Karl Hermann Franks schreibt.¹ Egon Erwin Kisch, der „rasende Reporter“, schilderte Franks Ende in einer kurzen Reportage mit kühler Distanz.²

Frank war SS-Obergruppenführer und General der Polizei, 1942–1943 stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren und direkt verantwortlich für die Massaker an den Einwohnern von Lidice und Ležáky – freilich nur einer der vor dem Prager MLS Angeklagten und Verurteilten. Es ist das Anliegen der Herausgeber *Jakub Šlouf* und *Daniela Němečková*, die beide bereits grundlegende Untersuchungen zum Wirken des Außerordentlichen Volksgerichts in Prag vorgelegt haben, nach jahrelanger Archivarbeit eine multiperspektivische Kontextualisierung dieses nur wenige Jahre bestehenden Justizorgans vorzunehmen. In sechs Kapiteln werden die rechtlichen Rahmenbedingungen der Retribution, die Organisationsstruktur und die personelle Absicherung des Gerichts, gesellschaftliche und politische Einflussversuche – insbesondere durch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch), die den bestehenden Justizapparat als Hort der Reaktion zu verunglimpfen suchte – auf die Prozessführung sowie die beiden Phasen der Retribution 1945–1947 und 1948 beleuchtet.

Dem jeweils fünfköpfigen MLS gehörten ein Berufsrichter und vier sogenannte Volksrichter, d. h. Laien, an, hinzu kamen die öffentlichen Ankläger. Sie alle wurden aus Verzeichnissen staatlich verlässlicher Bürger ausgewählt, die die Nationalausschüsse auf Bezirksebene zusammenstellten. Die ersten 255 „soudci z lidu“ (Volksrichter) wurden bereits am 3. August 1945 von der Regierung

1 René Küpper, *Karl Hermann Frank (1898–1946). Politische Biographie eines sudeten-deutschen Nationalsozialisten*, München 2010, S. 402.

2 Vgl. Egon Erwin Kisch, *Die letzten Schritte K. H. Franks*, in: *Prager Pitaval. Späte Reportagen*, Berlin/Weimar 1975, S. 347–350.

ernannt. Anfang Dezember 1945 fand der erste Prozess statt, in dem sich Josef Pfitzner (1901–1945), sudetendeutscher Historiker und seit 1935 zunehmend radikalisiertes NS-Kommunalpolitiker, vor dem Gericht zu verantworten hatte. Er war mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag am 15. März 1939 zum „Primator-Stellvertreter“ der Landeshauptstadt aufgestiegen, hatte den 1941 schließlich hingerichteten tschechischen Bürgermeister Otakar Klapka wiederholt denunziert, energisch die „Germanisierung“ der Hauptstadt vorangetrieben und wollte Prag zudem „judenfrei“ machen. Die MLS verhandelten öffentlich in einem beschleunigten Verfahren (in der Regel drei Tage) nach den Regeln des Kriegsrechts. Die Prozesse konnten im Zweifelsfall auch ohne den Beschuldigten stattfinden, der Angeklagte hatte das Recht auf einen Verteidiger, der ihm zur Not *ex offio* zugeteilt wurde. Ein Todesurteil wurde in der Regel in den beiden Folgestunden vollstreckt. Landesweit wurde zwischen 1945 und 1947 immerhin gegen 38 316 Personen Anklage erhoben. 713 Personen (475 Deutsche, 234 Tschechen) wurden dabei zum Tode verurteilt, 741 Personen (443 Deutsche, 293 Tschechen) erhielten eine lebenslange Freiheitsstrafe, zu längeren oder kürzeren Gefängnisstrafen verurteilten die MLS 19 888 Personen, für 9132 Angeklagte endete der Prozess mit einem Freispruch. Das Prager MLS fällte in den Jahren 1945 bis 1947 142 Todesurteile, womit knapp 27 Prozent der verhandelten Fälle mit der Todesstrafe endeten. Fast 52 Prozent der Verurteilten waren dabei Deutsche, knapp 46 Prozent Tschechen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die 19 Beilagen am Ende des ersten Teils des Buches (S. 201–235), die u. a. ein Verzeichnis aller Vorsitzenden des Strafsenats (insgesamt 60 Personen) und aller Untersuchungsrichter, die Entwicklung der sozioprofessionellen und geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Beisitzer des MLS in Prag, also der „Volksrichter“, sowie eine genaue Übersicht zu allen Todesurteilen zwischen 1945 und 1948

durch das Prager MLS enthalten (S. 213–223). Der zweite (statistische) Teil des Buches bietet darüber hinaus auf knapp 300 Seiten ein alphabetisches Verzeichnis aller strafrechtlich belangten Personen, das immerhin für den Zuständigkeitsbereich des Prager MLS 9646 Fälle aufführt, wobei grundlegende Daten zu den Delinquenten (Name, Geburtsdatum und -ort, Nationalität) sowie Aktenzeichen, Datum der Urteilsverkündung, die entsprechenden Paragraphen des Retributionsdekrets sowie die Entscheidung des Gerichts zur Strafhöhe erfasst sind. Erstellt wurde es von Mitarbeitern des Staatlichen Gebietsarchivs Prag unter Federführung von *Jakub Šlouf*.

Mit dem Band liegt erstmals eine gründliche Gesamtanalyse der Tätigkeit des Prager MLS vor, das 1948 für kurze Zeit unter völlig veränderten politischen Rahmenbedingungen nach der Machtübernahme durch die KPTsch erneut aktiviert wurde, wobei noch einmal mehr als 2000 Personen einer (Neu)Verurteilung entgegensehen. Wie im Untertitel der Untersuchung zum Ausdruck gebracht, war es das Anliegen der Herausgeber, die sich in den MLS reflektierende Retribution als Dienstaufgabe im Spannungsfeld der Möglichkeiten und der Berufsehre der Justizbeschäftigten darzustellen. Dies ist ihnen methodologisch, statistisch sowie anhand zahlreicher Quellen überzeugend gelungen.

Thomas Krzenck

Vivian Gornick: *The Romance of American Communism*. Verso Books, London/New York 2020, 288 S.

Die Geschichte des Kommunismus in den USA ist eine Geschichte vieler unterschiedlicher Einzelschicksale, von Menschen, die ihre Träume und Hoffnungen auf eine bessere Welt mit einem gelebten Marxismus verbanden, der diese etablieren helfen sollte. *Vivian Gornick* stellt deshalb in ihrem Band

verschiedene Menschen vor, die sich zumindest für einen Teil ihres Lebens als „Kommunistinnen und Kommunisten“ verstanden – in den USA ist diese Definition bisweilen wenig konkret. Wer die Nutzung des Wortes, wie auch der Begriffe „Socialist“ oder „Antifa“, als Kampfbegriffe bei den US-Wahlen des Jahres 2020 beobachtet hat, hat hiervon einen Eindruck erhalten. Tatsächlich, so beschreibt es die amerikanische Autorin in ihrem neuesten Buch mit Blick auf die „alten Roten“ der USA, war der US-Staat nicht sonderlich „nett“ zu seinen Radikalen, selbst wenn das Land von deren Existenz und Aktivitäten durchaus profitieren konnte (S. xv). Obwohl die Autorin darauf hinweist, dass die Kommunistische Partei der USA, die 1919 gegründet worden war, nie mehr als 75 000 Mitglieder rekrutieren konnte, geht sie davon aus, dass etwa eine Million Menschen sich zumindest für einen gewissen Zeitraum als Kommunistinnen und Kommunisten verstanden.

Sie empfanden sich stets als Teil einer internationalen Gemeinschaft, einer globalen Bewegung für eine bessere Welt, deren Bezugspunkte der Marxismus, die Russische Revolution oder die Sowjetunion waren. Diese Orientierungspunkte und deren Interpretation führten jedoch des Öfteren zu Problemen für das Selbstverständnis als Kommunistin oder Kommunist. Darüber hinaus war die kommunistische Klientel in den USA sehr divers. Neben den Arbeiterinnen und Arbeitern, etwa denen in der New Yorker Bekleidungsindustrie, den Minenarbeitern West-Virginias oder denen, die ihren Lebensunterhalt als Obstpflücker in Kalifornien verdienten, identifizierten sich auch Menschen der amerikanischen Mittelschicht mit dem Kommunismus (S. xv). Den unterschiedlichen Ursprüngen der kommunistischen Bewegung in den USA widmet Gornick ein eigenes Kapitel (S. 28–106), in dem sie auf die verschiedenen Identitäten derer – etwa jüdischer Marxistinnen und Marxisten bzw. anderer Migrantinnen und Migranten – eingeht,

die später Einfluss auf die Geschicke der US-amerikanischen Kommunistischen Partei nehmen sollten.

Gornick schildert auch ihre eigene Sozialisation, die unter anderem von Gesprächen am heimischen Küchentisch geprägt war, in denen ihr Vater mit seinen Freunden die großen Fragen der Moderne und deren Lösungen im Sinne des Marxismus diskutierte (S. 3–6). Bezugspunkte in diesen Gesprächen wie auch andernorts waren bestimmte Traditionslinien wie die theoretischen Arbeiten von Karl Marx. Die politische Entwicklung in der Sowjetunion seit der Russischen Revolution irritierte jedoch immer wieder das Selbstverständnis von amerikanischen Kommunistinnen und Kommunisten, denn die Politik der Bolschewiki sowie die spätere Stalinisierung ließen sich oft nicht mit den eigenen politischen Vorstellungen des Kommunismus vereinbaren.

Aus unterschiedlichen Gründen – etwa wegen der enttäuschten Hoffnung auf Revolution oder aufgrund feministischer Motive, die von einem chauvinistischen Parteikommunismus ignoriert wurden – entschieden sich immer wieder US-Amerikaner dazu, dem Kommunismus, und damit der in Gornicks Titel hervorgehobenen „Romanze“, den Rücken zu kehren (S. 214–219). Gornick widmet sich genau diesen unterschiedlichen Individuen. Die von ihr dokumentierten Einzelschicksale basieren auf intensiven Gesprächen, die sie im Zuge einer einjährigen Reise durch die USA führte. Sie unterhielt sich mit Frauen und Männern im ganzen Land darüber, wie sie ihre Beziehung zum Kommunismus beschreiben würden und warum sie diesem einst so verbunden waren, nur um später mit demselben zu brechen. Einige von ihnen wurden gar zu „anti-kommunistischen Kommunisten“, wie etwa Max Bitterman, der 1956 aus der Partei ausgetreten war (S. 203–214).

Mit ihrer Darstellung ist Gornick nicht nur ein sehr lesenswertes Buch gelungen. Es bietet darüber hinaus Einblicke in die

Ansichten amerikanischer Frauen und Männer, die sich einst in der Hoffnung, die Welt zu verbessern, dem Kommunismus verschrieben hatten. Viele verwarfen diese Hoffnungen und orientierten ihr Leben neu, teilweise in einem schmerzhaften Prozess. Die von der Autorin geführten Gespräche belegen aber, dass oftmals die Enttäuschung darüber, dass die eigenen Vorstellungen von Kommunismus nicht mit den historischen Realitäten übereinstimmten, überwog.

Gornicks Buch bietet eine Sammlung erhellender Perspektiven auf den Kommunismus in den USA. Ihre Gespräche stellen einen wichtigen Quellenkorpus der Oral History dar, der bereits existierende Werke¹ zur amerikanischen Linken gut ergänzt. Wer sich mit individuellen Erfahrungen mit und Perspektiven auf den Kommunismus im amerikanischen Kontext befasst, wird diesen Band mit Gewinn lesen.

Frank Jacob

Hanne Leßau: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit. Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 526 S.

Bisweilen mag es scheinen, als verdichte sich der Habitus einer ganzen Epoche in einer einzigen Episode. Die Episode der Entnazifizierung spielt in Stadtoldendorf, einer Kleinstadt im Weserbergland. Dort, so wusste es damals die Presse zu berichten, waren am 1. Oktober 1951 im Beisein der Öffentlichkeit Entnazifizierungsakten dem Ofen des örtlichen Gaswerks überantwortet worden. Der Bürgermeister, der Sozialdemokrat Wilhelm Noske, sprach davon, man habe im Einklang mit den Mitgliedern sämtlicher Ratsfraktionen einen „Schritt der Versöhnung“ auf

den Weg bringen wollen. Die Erleichterung, dass nun die missliche Erbschaft des „Dritten Reichs“ auf Nimmerwiedersehen verschwunden sei, war kaum zu überhören. Dies löste ein weit über die Grenzen der Gemeinde hinaushallendes Echo aus. Die Landesregierung in Hannover sah sich mehrfach genötigt, die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, auch die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen wegen widerrechtlicher Vernichtung von Akten ein. Der historischen Forschung galt der Vorfall als eindrückliches Menetekel, offenbarte er doch wie kaum ein anderer den laxen, auf „Entsorgung“ bedachten Umgang mit der NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik.

Tatsächlich war solcherart Interpretation fern jeder Empirie. Denn verbrannt hatte man in Stadtoldendorf, wie interne Untersuchungen alsbald feststellten, lediglich eine Liste mit ehemaligen Angehörigen der NSDAP. Die Unterlagen der städtischen Entnazifizierungsbehörden waren – regelkonform – beim zuständigen Entnazifizierungsausschuss in Holzminden abgeliefert und von dort an das Regierungspräsidium in Hildesheim weitergereicht worden. Dass Journalisten nicht genau hinschauen, mag hingehen, bei Historikern ist dies allerdings nicht zu tolerieren. Sie stehen in der Pflicht, die von ihnen interpretierten Quellen skrupulös zu prüfen und mit parallelen Überlieferungen abzugleichen. Im skizzierten Fall hätte ein Besuch im Hannoverschen Staatsarchiv genügt, um sich einen genaueren Eindruck zu verschaffen. Dieses Gebot missachtet zu haben, sei es, um das einprägsame erinnerungspolitische Symbol nicht zu gefährden, sei es aus bloßer Bequemlichkeit, kritisiert *Hanne Leßau* völlig zu Recht als Missachtung professioneller Standards.

Auch sonst spart sie in ihrer anregenden, neue Dimensionen erschließenden Studie nicht mit Hinweisen auf Unterlassungen und Leerstellen der bisherigen Forschung. Diese habe die Entnazifizierung vornehmlich als

1 Beispielhaft etwa: Paul Avrich, *Anarchist Voices: An Oral History of Anarchism in America*, Princeton 1995.

Geschichte ihres Scheiterns geschrieben, habe das Augenmerk auf die massenhafte Produktion von „Mitläufern“ gerichtet, auf Strategien der Entschuldung und Vernebelung, auf geschönte „Persilscheine“ und verharmlosende Bekundungen und somit auf Jahre hinaus die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus behindert bzw. blockiert. So oder ähnlich hatten das schon kritische Zeitgenossen gesehen. Entsprechend groß war hier die Enttäuschung über ausgebliebene Katharsis, verstocktes Schweigen und den Mangel an Schuldbewusstsein. Leßau plädiert für eine Erweiterung der Perspektive, stellt neue Fragen und entwickelt ein Untersuchungsdesign, in dem die „Entnazifizierungsgeschichten“ gewissermaßen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Den Verfahren und deren jeweils immanenter Logik, den beteiligten Institutionen und Personen wird enger als bisher auf den Leib gerückt. Vor allem aber werden die Aussagen der Betroffenen nicht als wohlfeile Lügengeschichten abgetan, sondern ernst genommen, was freilich nicht als Versuch einer Rehabilitierung von Praktiken der Schuldabwehr missverstanden werden darf. Gestützt auf umfangreiche Archivrecherchen und gesättigt mit erhellenden Details, soll die Entnazifizierung nicht nur als ein „Ort der Konfrontation mit der NS-Vergangenheit“ markiert, sondern auch als „Forum“ begriffen werden, „in dem sich die von den Prüfverfahren Betroffenen mit dem eigenen Leben während des Nationalsozialismus beschäftigten“ (S. 13). Die Untersuchung beschränkt sich im Wesentlichen auf die britische Besatzungszone. Leßau nimmt vor allem die unteren Chargen, Handwerker, Angestellte, kleine und mittlere Beamte, Lehrer und Juristen ins Visier. Unter ihnen sticht der ehemalige Aktivist des Alldeutschen Verbandes und Herausgeber der mit der Ruhrindustrie verbandelten *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* Theodor Reismann-Grone, der von 1933 bis 1937

als Oberbürgermeister von Essen amtierte, heraus.

Die an Millionen Deutsche ausgegebenen Fragebögen und die Rahmenbedingungen, in denen über sie verhandelt wurde, gewinnen in Leßaus Buch eine neue und, wie sich zeigt, zentrale Bedeutung. Ursprünglich hatten die Alliierten damit das Ziel verbunden, mithilfe stark formalisierter Prozeduren „belastete“ Funktionsträger des Regimes dingfest zu machen und aus ihren bis dahin bekleideten Positionen zu entfernen. Im Vordergrund standen sicherheits-, nicht jedoch moralpolitische Absichten mit justiziablen Konsequenzen. Das änderte sich im Frühjahr 1946, als die zu treffenden Entscheidungen gleichsam kontextualisiert, die von den Ausschüssen und Spruchkammern befragten Männer und Frauen in Kategorien einsortiert, Werturteile gefällt und darauf fußend Sanktionen verhängt wurden. Nunmehr sollten auch diejenigen Umstände berücksichtigt werden, unter denen die erfassten Personen sich der NSDAP oder einer von deren Gliederungen angedient hatten. Dabei wurde rasch sichtbar, dass Handlungen und Selbstdeutungen nicht unbedingt kongruent waren.

Um das mit valider Empirie zu unterfüttern, wertet Leßau die Eingaben an die Entnazifizierungsausschüsse aus, in denen die zu Überprüfenden ihre Sicht auf das NS-Herrschaftssystem schilderten. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Eingaben vor allem darauf abzielten, die vermuteten Erwartungen der Entnazifizierungsinstanzen mit der eigenen Rolle und den eigenen Handlungen in Einklang zu bringen. Oft enthielten sie Episoden aus den ersten Jahren nach der NS-Machtübernahme, in denen z. B. dargelegt wurde, dass man zwar Mitglied der NSDAP, aber kein Nazi gewesen sei. Die vorgebrachten Entnazifizierungsgeschichten waren insofern Distanzierungsgeschichten, die zum einen dazu dienten, möglichst unbeschadet aus den Verfahren herauszukommen, zum anderen aber,

und das ist die Pointe der Autorin, bewusst oder unbewusst eine Brücke hin zur demokratischen Nachkriegsordnung zu bauen. Ersonnen wurde eine Kontinuität individuell gewährten Anstands, die vorgab, von den Verbrechen des Regimes nichts gewusst und schon gar nicht daran beteiligt gewesen zu sein. Es war kein Zufall, dass diese episodischen Erzählungen den Krieg, die Deportationen und die Ermordung der Juden sowie die Gräueltaten in den besetzten Ländern weitgehend aussparten, denn dies wäre einem Schuldeingeständnis gleichgekommen.

Auf ihren „realhistorischen“ Wahrheitsgehalt überprüfen lassen sich die eingereichten Erklärungen nicht. Aber die Autorin hat keinen Zweifel, dass wir es hier mit intensiven Formen der Sinnkonstruktion in eigener Sache zu tun haben. Sie gewähren Einblicke in die von den Alliierten erzwungene Auseinandersetzung Hunderttausender Deutscher mit ihrer Vergangenheit. Um das zu untermauern, hat Leßau die Abläufe und Regularien der Verfahren ungemein detailliert ausgeleuchtet. Dabei wird deutlich, wie mühsam es war, entlastende Leumundszeugnisse einzuholen. Dass diese nach einem Waschmittel benannten „Persilscheine“ überwiegend bestellt oder gar gekauft worden seien, gehört demnach in das Reich der Legenden. Mehr noch, die im Zuge der Verfahren vorgenommenen Deutungen der Geschichte dauerten fort: Die für

die NS-Zeit behauptete innere Kohäsion einer von äußeren Umständen nicht gebrochenen charakterlichen Anständigkeit und der damit implizierten Distanz zu den Verbrechen des Regimes behauptete sich auch in den folgenden Jahren.

Die Autorin exemplifiziert dies am Beispiel von Befragungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie und der Gemeindestudie, die das aus der Emigration zurückgekehrte Frankfurter Institut für Sozialforschung durchgeführt hatte. Darin bestätigt sich die Persistenz der zuvor erzählten Entnazifizierungsgeschichten. Das blieb nicht ohne Einfluss auf die weitere Beschäftigung mit der „braunen“ Vergangenheit. Wer schon während der NS-Zeit oder gar von Anbeginn an auf Abstand gegangen war, hatte keine Schwierigkeit, sich in die gewandelten Bedingungen der Demokratie einzufinden, und musste sich nicht mit weiteren explorativen Anstrengungen oder gar mit Gesten der Bußfertigkeit beladen. Die aus Leßaus exzellenter Studie abzuleitende Vermutung, dass die Bundesrepublik nicht allein auf den Erfahrungen des Weimarer Experiments oder auf den Traditionen der Paulskirche ruhte, sondern auch und womöglich entscheidender noch auf dem „Geist der Entnazifizierungsepoche“, könnte künftigen Forschungen als willkommener Leitfaden dienen.

Jens Flemming